

Die „Tribüne“ erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und...

Die angegebene Konzeptionsart oder deren Raum kostet 18.- Mk....

Berlin-Sprecher Zentrum 152 90-152 99

TRIBÜNE Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Abschluß der Genua-Debatte

Im Gegensatz zu den Reichstags-Sitzung vom Montag wurden bei der gestrigen Fortsetzung der Debatte über Genua auch kritische Stimmen laut.

In großen Zügen zeichnete Genosse Crispian den Gang und den Sinn der Verhandlungen in Genua, nicht dabei kritische Betrachtungen über die Verhandlung des Reichsfinanzministers Hermes in Paris ein.

Den Parteien den Rechten, die jetzt so lebhaft für den deutsch-russischen Vertrag schwärmen und ihn als die erste Tat der Regierung feiern, hielt Genosse Crispian entgegen, daß sie früher, als unsere Partei wiederholt die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland gefordert habe, stets entgegengesetzter Auffassung gewesen seien.

Nachdem noch ein Deutschvolksparteiler und der Demokrat Dernburg geredet hatten, wurde die Abstimmung über das deutsch-nationale Mißtrauensvotum auf heute vertagt.

2. Sitzung vom Dienstag, den 30. Mai 1922, nachmittags 2 Uhr.

Präsident Wbe eröffnet die Sitzung 2 Uhr 20 Min. Nach Erledigung einiger kleiner Anfragen führt bei der Fortsetzung der Beratung der Regierungserklärung über die Konferenz von Genua der Abg. Gochlich (Dm.) aus: Die Regierung hat nicht den Mut gehabt, den Vertretern des deutschen Volkes bestimmte Mitteilungen zu machen über die tatsächlichen Verhandlungen des Pariser Verhandlungen.

Die Abstimmung über den deutsch-nationalen Mißtrauensvortrag wird erst Mittwoch mittags stattfinden.

Rede des Genossen Crispian

Wir können es nicht billigen, daß der Reichskanzler in seiner gestrigen Rede erklärte, nur über historische gewordenen hätte debattiert werden, weil die Pariser Verhandlungen noch im Fluße seien, und weil der Rapallo-Vertrag dem Haus noch nicht vorgelegt sei.

Wir haben noch weniger Vertrauen als bisher zu unserem Kabinett, seit wir eine Regierung Hermes haben.

Wir haben wohl eine äußere Anteilnahme zu erhoffen aus den Verhandlungen in Paris, aber nur wenn Deutschland eine Finanzpolitik zum Auslaß seines Haushalts betreibt. Wenn die deutsche Regierung in Paris Verpflichtungen eingegangen, übernimmt sie auch Verpflichtungen über die innere Steuerpolitik.

Wir haben die Befürchtung, daß die Regierung, seit Hermes ihre Führung übernommen hat, entschlossen ist, das Programm der deutschen Volkspartei rückhaltlos auszuführen. Die Volkspartei verlangt die Privatisierung der Reichsbetriebe. Sie ist es zuerst leise und behutlich, dann immer offener und rücksichtsloser.

Sie wollen sparen, indem Sie die Arbeitszeit verlängern und die Löhne kürzen

Das wäre der Weg, die Produktion Deutschlands zu zerrütten, nicht sie zu fördern. Die Produktivität in Deutschland kann nur gesteigert werden, wenn die deutschen Unternehmer den Arbeitern und Angehörigen auskömmliche Gehälter zahlen, wenn sie nicht fortfahren, eine Schmutzkonkurrenz auf dem Weltmarkt zu treiben.

Wir verlangen eine vollkommene andere Wirtschaftspolitik, eine andere Finanzpolitik. An der englischen Regierung haben wir ein Beispiel, wie auch bürgerliche Regierungen eine Finanzpolitik treiben können, die die Reichsfinanzen nicht immer mehr und mehr zerrütet.

Für 100 Prozent Gewinn verrät jeder Kapitalist sein Vaterland.

(Lautst. rechts. — Lebhaftige Zustimmung links.)

Wir wenden uns mit aller Kraft gegen die Politik der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei in der Reparationsfrage, gegen diese Politik, die verheerend und verwerfend wirkt und die Kriegsgefahren in sich birgt.

Wir hat die Frage gestellt: Was sollte Genua sein und was ist es geworden? Er hat ausgeführt, daß Genua die Hoffnungen nicht habe erfüllen können wegen der Weigerung Amerikas, an der Konferenz teilzunehmen und wegen der Neubestimmung des Programms durch Frankreich.

Es handelte sich in Genua nicht um Menschenrechte, sondern um Konzessionen, Gewinne und Sicherungen des Kapitals.

Man hat, in Genua kämpften zwei Mächte gegeneinander: das Kapital und der Sozialismus. Meines Wissens waren Sozialisten in Genua nicht vertreten. Gochlich hat erklärt, daß, nachdem die Volkswirtschaften auf die Propagierung ihrer Ideen in anderen Staaten verzichtet hätten, sich die Schwerindustrie und das Finanzkapital viel leichter mit Sowjetrußland verständigen könne als die Unabhängigen.

wirtschaftlichen Regierung keine Verträge abschließen. Heute begrüßen die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen den Vertrag von Rapallo. Wir glauben schon, daß Wirth nicht daran gedacht hat, diesem Vertrag einen militärischen Charakter zu geben.

Diese Nebenregierungen sind das Finanzkapital, die Schwerkindustrie, die Stahlwerke und die Wehrereich-Beute, die diesem Vertrag einen politischen, aggressiven, militärischen Charakter geben wollen. Wir vertreten die Interessen des Proletariats, des deutschen und das der anderen Länder und haben keine Gemeinschaft mit den Nationalgefühlten deutscher Kapitalisten, die Schacher und Handel treiben mit dem Wohl und Wehe deutscher Arbeiter.

Wir wollen nicht, daß Rußland wehrlos dem internationalen Kapital ausgeliefert wird

Wenn Sie glauben, daß das bolschewistische Rußland einen Bankrott des Sozialismus darstellt, dann übersehen Sie vollkommen, daß die Sozialisten — Kommunisten und Sozialisten sind nur zwei verschiedene Namen für dieselben Ideen und Grundzüge — dieser ganzen bolschewistischen Politik immer kritisch gegenübergestanden haben.

Die Arbeiter müssen kämpfen, damit wir die sozialistische Organisation der Gesellschaft erreichen.

Wir können aber nicht warten, bis dieses Ziel erreicht ist und deswegen unterstützen wir jede Politik, die Teilösungen herbeiführen will, um den kapitalistischen Besetzungen nicht ohnmächtig ausgeliefert zu sein. Deswegen unterstützen wir die Politik, die der Verständigung dient, die den arbeitenden Massen Erleichterungen bringen will und bekämpfen die Katastrophentaktik.

Abg. Veder-Bessen (D. Sp.) versucht, in längeren Ausführungen die Vorwürfe des Genossen Crispian gegen die Industrie zu entkräften. Die Schmutzkonkurrenz, die uns von Sozialisten vorgeworfen wird, ermächtigt den deutschen Arbeitern überhaupt nur das Leben. Der Vertragsabschluss hat deshalb so einschlagend gewirkt, weil man Deutschland keine selbständige Politik mehr antrant hat.

Abg. Dernburg (Dem.): Ich verstehe die Enttäuschungen wegen des Ausgangs der Konferenz von Genua nicht, die Erwartungen auf diese Konferenz waren doch schon vor Beginn der Tagung sehr herabgemindert. Der Abschluß des Vertrags von Rapallo war durchaus gerechtfertigt.

Nach dem Abg. Böhm (D. Sp.) führt der Abg. Fröhlich (SPD.) aus: Als Ergebnis der Konferenz von Genua kam nur heraus die Verlagerung eines einzelnen Problems auf eine in Zukunft einzusehende Konferenz. Der Vertrag von Rapallo fixiert nur einen Zustand, der seit Jahren schon eigentlich gegeben ist.

Deutsch-polnisches Abkommen

Bevor der Reichstag gestern die Debatte über Genua abschloß, wurde in einer Sonder Sitzung am Vormittag das deutsch-polnische Abkommen über Oberschlesien in allen drei Lesungen erledigt. Namens unserer Partei sprach Genosse Tony Sender. Sie bezeichnete den Raub Oberschlesiens als gegen jedes Recht und jede Vernunft verstoßend, weil ganz willkürlich Grenzfestsetzungen vorgenommen wurden. Hatte Genosse Sender bei diesen Ausführungen die Zustimmung des ganzen Hauses, so lehrte sich sofort das Blatt, als sie sich gegen die Tendenzen des Kapitalismus und Imperialismus wandte, die diesem Vertrag ebenso eigen sind, wie sie ein Kennzeichen des deutschen Politiks vor und während des Krieges waren. Und schimpfend verließen die bürgerlichen Parteien, die ihn eben noch Beifall gezollt, fluchtartig den Sitzungssaal.

Wir müssen uns aus Raumangel heute darauf beschränken, die Erklärung unserer Fraktion mitzuteilen und werden morgen die Rede der Genossin Sender bringen.

Erklärung

„Wir verurteilen die von der Vorkonferenz am 20. Oktober vorigen Jahres gefällte Entscheidung über die Teilung Oberschlesiens, weil sie wirtschaftlich zusammenhängende Gebiete der Bevölkerung auseinanderreißt, über Menschen wie über Ware verfügt und die Gefahr in sich birgt, durch Schaffung einer neuen Irredenta den Inhalt des sozialen Kampfes zu verflüchtigen. Wir geben dem Genossin Sender als einem Versuch zur Schaffung erträglicher Verhältnisse im Abstimmungsgebiet unsere Zustimmung und rufen anderen Arbeitbrüdern in Oberschlesien zu, den Doh der Abstimmungskampfes zu versetzen und geschlossen zu kämpfen für die Verwirklichung wahrer Rechtsgrundsätze in der sozialistischen Gesellschaft.“

Die deutsche Note an die Reparationskommission

Die von der deutschen Regierung der Reparationskommission übersandte Note nimmt in ihrer Einleitung Bezug auf eine der Note beigegebene Anlage über den deutschen Haushalt. Die Regierung sei bemüht gewesen und weiter bemüht, Ersparnisse innerhalb der Reichsverwaltung in die Wege zu leiten. Die Note fährt dann fort:

Schwebende Schuld

Die Deutsche Regierung ist entschlossen, sich aufs eifrigste zu bemühen, jedes weitere Anwachsen der schwebenden Schuld zu verhindern. Sie ist jedoch davon überzeugt, daß unter den gegenwärtigen finanziellen Verhältnissen solche Anstrengungen nicht durchgeführt werden können, wenn Deutschland nicht eine ausreichende Unterstützung im Wege einer äußeren Anleihe erhält.

Vorausgesetzt, daß diese Unterstützung binnen angemessener Frist verfügbar wird, unternimmt es die Deutsche Regierung, sich mit der Angelegenheit auf folgender Grundlage zu befassen:

1. Der Stand der schwebenden Schuld vom 31. März 1922 gilt von jetzt ab als der normale Höchstbetrag.

2. Wenn am 30. Juni 1922 oder am letzten Tage eines der folgenden Monate der Betrag der schwebenden Schuld den normalen Höchstbetrag überschreitet, so werden Schritte getan werden, um sicherzustellen, daß die Ueberschreitung innerhalb der folgenden drei Monate zurückgezahlt wird, und zwar entweder

a) mit Hilfe von Einnahmen, welche die Ausgaben in den drei Monaten übersteigen, soweit solche Einnahmen verfügbar sein sollten, oder

b) durch die Aufnahme von Krediten auf andere Weise als bei der Reichsbank und in einer Form, die nicht die Inflation erhöht.

Wenn trotz dieser Schritte der Betrag der schwebenden Schuld am Ende der drei Monate noch den normalen Höchstbetrag überschreitet, wird die Deutsche Regierung alsbald Vorschläge für den Ausbau des Steuerrechts einbringen und alles tun, um ihre Annahme im Wege der deutschen Gesetzgebung zu erreichen mit dem Ziel, daß noch in dem jeweils laufenden Rechnungsjahr oder, wenn davon mehr als die Hälfte abgelaufen ist, binnen sechs Monaten ein Betrag beschafft wird, welcher nicht geringer ist, als die bereits vorhandene und jede bis zum Ende des Rechnungsjahres voraussichtlich noch weiter entstehende Ueberschreitung.

Das vorstehende Verfahren unterliegt bis auf weiteres folgenden Maßgaben:

a) Solange noch keine Einnahmen aus auswärtigen Anleihen zur Verfügung stehen, um die von der Deutschen Regierung in Erfüllung von Verpflichtungen auf Grund des Vertrages von Versailles seit dem 1. April 1922 in ausländischen Zahlungsmitteln geleisteten Zahlungen zu decken, wird für die Festsetzung, ob und inwieweit eine Ueberschreitung des normalen Höchstbetrages vorliegt, ein Betrag in Höhe des Papiermark-Gegenwertes der vorläufig auf diese Weise nicht gedeckten Gesamtheit der genannten Zahlungen dem Stande der schwebenden Schuld vom 31. März 1922 hinzugezählt.

b) Alle Einnahmen aus auswärtigen Anleihen sollen zur völligen Rückzahlung dieses zum normalen Höchstbetrag hinzurechneten Betrages verwendet werden, und zwar mit Vorrang vor allen anderen Verwendungszwecken, vorbehaltlich der auf Grund des Vertrages von Versailles in ausländischen Zahlungsmitteln zu leistenden Verbindlichkeiten und solchen anderen Lasten, hinsichtlich derer die Reparationskommission auf Ersuchen der Deutschen Regierung ihre Zustimmung besonders erteilt.

Nachprüfungen

Auf der Grundlage des Schreibens, das die Reparationskommission am 21. 3. 1922 an den Reichskanzler gerichtet hat, erklärt sich die Deutsche Regierung grundsätzlich mit den in diesem Schreiben vorgezeichneten Nachprüfungen einverstanden. Sie geht dabei davon aus, daß diese Nachprüfungen die Souveränität Deutschlands nicht antasten, den geregelten Gang der Verwaltung nicht führen und in die durch das Steuergeheimnis geschützten Vermögensverhältnisse und Angelegenheiten der einzelnen Steuerpflichtigen nicht eindringen dürfen.

Was die Einnahmen anlangt, so wird die Deutsche Regierung dem Garantiefomitee ohne Verzögerung alle nachsichtigen oder realimentarischen Bestimmungen mitteilen; sie wird mit dem Garantiefomitee über die Maßnahmen zur Anwendung der Steuer- und Tarif-Gesetzgebung ins Benehmen treten und ihm alle notwendigen Erleichterungen zur Nachprüfung ihrer Ausführung gewähren.

Was die Ausgaben anlangt, so muß die Deutsche Regierung darauf hinweisen, daß es in Deutschland bereits eine Prüfung des Ausgabenbedarfs gibt, die dazu dient, Staatsüberschreitungen zu verhindern; sie ist bereit, die Wirksamkeit dieser Prüfung, soweit wie zwend erforderlich, zu verstärken.

Die Deutsche Regierung wird dem Garantiefomitee jede Möglichkeit geben, sich über die Wirksamkeit der geübten Prüfung zu vergewissern.

Ueber die Einzelheiten der oben bezeichneten Nachprüfungen wird die Deutsche Regierung mit dem Garantiefomitee ins Benehmen treten.

Kapitalflucht

Im Hinblick auf die starke Inanspruchnahme der Reichsregierung, insbesondere durch die Vorbereitung und Verabschiedung des Steuerkompromisses sowie auf die anschließende wochenlange Behinderung mehrerer ihrer Mitglieder durch die Verhandlungen der Konferenz in Genua ist es der Reichsregierung nicht möglich gewesen, die Frage neuer Vorschläge über Maßnahmen zur Rückführung geflüchteten Kapitals und zur Bekämpfung der Kapitalflucht abschließend zu klären. Sie ist aber mit der Reparationskommission darin einig, daß alles getan werden muß, um das angegebene Ziel zu erreichen.

Mit Rücksicht auf die zu erwartende Gestaltung der Verhältnisse mißt die Deutsche Regierung der Rückführung der geflüchteten Kapitalien besondere Bedeutung bei. Sie wird alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um die Rückführung im Wege einer äußeren oder inneren Anleihe zu erreichen. Im übrigen erklärt sich die Deutsche Regierung bereit, über die Einzelheiten einer Bekämpfung der Kapitalflucht mit dem Garantiefomitee ins Benehmen zu treten und auf Grund dieser Erörterungen die Maßnahmen zu treffen, die angeeignet erscheinen, die Kapitalflucht zu verhindern.

Die Deutsche Regierung wird der Reparationskommission vor dem 30. Juni 1922 das Programm für die oben erwähnten Maßnahmen mitteilen.

Autonomie der Reichsbank

Die volle Unabhängigkeit der Reichsbank gegenüber der Deutschen Regierung ist durch das Gesetz vom 26. Mai d. J. sichergestellt.

Statistik

Die Deutsche Regierung hat angeordnet, daß die statistischen Veröffentlichungen wieder auf der Basis der Vorkriegszeit erfolgen; sie wird dem Garantiefomitee eine Aufzeichnung über den gegenwärtigen Stand dieser Veröffentlichungen mitteilen und schlägt vor, die auf dem Gebiete der Statistik liegenden Fragen mit dem Garantiefomitee im einzelnen zu erörtern.

Bei Abgabe der vorstehenden Erklärung geht die Deutsche Regierung davon aus, daß die Reparationskommission die in der Entscheidung vom 21. März 1922 für das Jahr 1922 vorgezeichnete Regelung der Reparationsleistungen nunmehr für endgültig erklären wird.

In einer Schlußbemerkung der Anlage heißt es dann noch: Die Reichsregierung hat geprüft, inwieweit noch während des Rechnungsjahres 1922 Ersparnisse erzielt werden können. Dies wird bei der allgemeinen Reichsverwaltung insoweit der Fall sein, als sich durch die Verabschiedung des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung die Ausgaben für die Erwerbslosenfürsorge ermäßigen werden, wenn nicht etwa eine Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu einer Vermehrung der Erwerbslosen führen sollte. Bei der Eisenbahnverwaltung ist in Aussicht genommen, daß durch die äußerste Einschränkung der geplanten Bauten und Beschaffungen drei Milliarden erspart werden.

Im Anschluß an die Note werden der Reparationskommission noch Mitteilungen über den Zwangsanleihe-Gesetzentwurf zugehen.

Französische und englische Pressestimmen zur Antwortnote

Lange bevor die deutsche Antwortnote an die Reparationskommission vorlag, wurde sie in der französischen sowohl wie in der englischen Presse lebhaft kommentiert. Sie werde kein reines Ja, aber auch kein glattes Nein enthalten und die weitere Diskussion ermöglichen. Wenn jedoch die deutsche Regierung ihr Ja von der Ausgabe einer internationalen Anleihe abhängig mache, schreibt „Journal des Debats“, so werde die Reparationskommission den Handel zurückweisen und Deutschland verpflichtet, den von Hermes angenommenen Entwurf bedingungslos anzunehmen. Der „Matin“ ist sehr zufrieden, daß die deutsche Note die Finanzkontrolle annimmt, die dem Garantiefomitee übertragen werde. Wenn die internationale Anleihe nicht zustande komme, werde Deutschland das Recht haben, neue Banknoten herauszugeben.

Allgemein wird in den gestrigen Pariser Morgenblättern mitgeteilt, daß die Reparationskommission vorgestern noch in später Stunde die Vorschläge der deutschen Note verglichen habe mit den festgelegten Vorschlägen Hermes. „Leit Parisien“ schreibt, schon jetzt könne man sagen, daß die Note in ihren großen Zügen befriedigend sei. Sie erkenne der Reparationskommission so vollkommen wie möglich ein Informationsrecht über die finanzielle Lage des Reiches zu. Dieses Recht gehe jedoch nicht die Möglichkeit einer Einmischung in die Reichsverwaltung selbst. Diese bewahre ihre vollkommene Souveränität. Die deutsche Antwort scheine auch den Vorschlägen der Reparationskommission in Bezug auf die Einschränkung der Inflation zu entsprechen, da sie als Maximum der Papiergeldausgabe den Stand vom 31. März 1922 annehme, während sie auf die Durchführung der internationalen Anleihe rechne.

Die Londoner „Reichminister Gazette“ schreibt, die unmittelbare Gefahr, die Europa am 31. Mai bedrohte, sei durch die grundsätzliche Annahme der Bedingungen der Reparationskommission durch Deutschland abgewendet worden. Die Inflation der deutschen Währung müsse weiter gehen, solange Deutschland gezwungen sei, mehr für Reparationen zu zahlen als der Ueberschuß der deutschen Ausfuhr über die deutsche Einfuhr betrage.

Die Kosten der Reparationskommission

CC. London, 30. Mai.

Im englischen Oberhause erklärte gestern Lord Milton im Namen der Regierung, daß die jährlichen Kosten der Reparationskommission auf 700 000 Pfund Sterling veranschlagt werden, welche die deutsche Regierung direkt bezahle. Der englische Vertreter in der Reparationskommission erhalte 7400 Pfund Sterling.

Eine neue Note Poincaré's

Gegen Eisenbahnlinsen im besetzten Gebiet.

(E. B.) Berlin, 30. Mai

Dem deutschen Botschafter in Paris ist von dem Präsidenten der Vorkonferenz folgende Note übergeben worden:

Herr Botschafter! Artikel 48 des Vertrages von Versailles bestimmt, daß die Beschaffung aller materiellen Vorrichtungen für eine Mobilmachung auf dem linken Ufer des Rheines und westlich einer 50 Kilometer östlich dieses Stromes verlaufenden Linie unterliegt.“

In den besetzten Gebieten haben die alliierten Regierungen in Veriola der angestellten Untersuchungen beschlossen,

die Eisenbahneinrichtungen in zwei Kategorien zu klassifizieren:

1. Augenblicklich im Bau begriffene Einrichtungen. Unter den augenblicklich in Ausführung befindlichen Arbeiten im rheinischen Eisenbahnbau betreffen gewisse Einrichtungen (neue Linien, Verdoppelungen, Verbesserungen von Strecken usw.), deren Programm militärischen Zwecken entspricht, ohne Vorteile in wirtschaftlicher Hinsicht zu bieten.

Die alliierten Regierungen fordern die Deutsche Regierung auf, diese Arbeiten unverzüglich und endgültig einzustellen.

2. Bestehende Einrichtungen, die auf einem rein strategischen Zweck geschaffen wurden und keinerlei wirtschaftliches Interesse bieten.

Die alliierten Regierungen verlangen, daß die in Rede stehenden Einrichtungen in dem Augenblick, in welchem die alliierten Truppen die besetzten Gebiete räumen, zerstört oder so abgeändert werden, daß sie ihren militärischen Charakter verlieren.

Ich habe die Ehre, Ew. Excellenz im Namen der Vorkonferenz zu bitten, die obigen Entscheidungen auktig zur Kenntnis Ihrer Regierung bringen zu wollen und Sie dabei anzudeuten, daß die alliierten Mächte sich für die Rechtmäßigkeit halten, auf eine rasche Ausführung ihrer Entscheidungen zu zählen.

ges.: Poincaré.

Der Note sind zwei Anlagen angehängt.

Anlage 1 bezeichnet die zurzeit in Ausführung begriffenen Arbeiten an Eisenbahnlinsen, deren sofortige Einstellung verlangt wird.

In Anlage 2 sind unter vier Punkten die bereits bestehenden Anlagen aufgeführt, deren Zerstörung oder Abänderung im Augenblick der Räumung des besetzten Gebietes zu bewerkstelligen ist.

Für die Beurlaubung Ernst Tollers

Eine Reihe Politiker, Schauspieler und Schriftsteller — u. a. Reichstagspräsident Voëbe, Staatsminister a. D. Rudolf Deser, Verh. Hauptmann und Ludwig Fulda — haben an den Reichsjustizminister Dr. Radbruch folgendes Schreiben gerichtet:

An den Herrn Reichsjustizminister, Berlin.

Hochverehrter Herr Minister!

Von dem Dichter Ernst Toller, dessen Werke „Die Wandlung“ und „Masse Mensch“ von allen Sachverständigen als Ausdruck einer starken dichterischen Persönlichkeit geschätzt werden, soll im Laufe dieses Sommers im Großen Schauspielhaus zu Berlin ein neues Werk zur Aufführung gelangen. Ernst Toller hat, da er seit dem Jahre 1919 in der bayerischen Festung Miederichsen in Feld gefangen gehalten wird, noch niemals Gelegenheit gehabt, eines seiner Werke auf der Bühne zu sehen. Jeder geistig schaffende Mensch wird ihm nachfühlen, wie sehr er darunter leiden und wie sehr das seine weitere dichterische Entwicklung hemmen muß. Urlaubsgesuche sind bisher stets rundweg abgelehnt worden. Herr Toller hat nun den dringenden Wunsch, wenn schon nicht der Aufführung, so doch wenigstens einigen Proben seines neuen Werkes in Berlin teilzuhaben zu dürfen. Er ist selbstverständlich bereit, sich dabei jeder etwa für notwendig erachteten Ueberwachung oder sonstigen behördlichen Maßnahmen zu fügen.

Die dringende Bitte der Unterzeichneten geht nun dahin, daß Sie, hochverehrter Herr Reichsminister, mit größter Beschleunigung und mit größtem Nachdruck auf den bayerischen Herrn Ministerpräsidenten und Justizminister dahin einwirken, daß Herrn Toller der jetzt erbetene Urlaub gewährt wird. Wir brauchen nicht hinzuzufügen, daß es sich hier um keine wie immer geartete politische Angelegenheit handelt, sondern ausschließlich um eine Sache der Menschlichkeit und der Kunst — eine Sache, bei der zugleich das Ansehen der deutschen Kultur auf dem Spiele steht.

Wird Bayern abermals, wie schon so oft, sich mit Schande bedecken und dem Genossen Toller den Urlaub verweigern?

Die Kommunisten und die Einigung

Wie in Wirklichkeit die Kommunisten für die Einigung arbeiten, bewies der Ausgang der öffentlichen Versammlung der U. S. D. in Stralau, in der Gen. Dr. Levi am Montag über die Konferenz von Genua sprach. Schon bald nach Beginn versuchten die unter Führung des Abgeordneten Paul Hoffmann zahlreich angetretenen Kommunisten, die durchaus sachlichen und interessanten Darlegungen durch völlig desolateren Zwischenrufe den Referenten zu hören. Alle Ermahnungen des Vorsitzenden, der den Kommunisten volle Redefreiheit in der Diskussion zusicherte, fruchteten nichts. Als nun Dr. Levi auf den Prosch gegen die Sozialrevolutionäre zu sprechen kam, brach, geführt von einigen besonders tätigen Kommunisten, ein derartiger Paragraf aus, daß der Versammlungsleiter kurzerhand die Versammlung schloß. Die Kommunisten stürzten nunmehr die Bühne und eröffneten eine neue Versammlung, in dem, unbeachtet von allen seinen „Genossen“ Ostrowski über Einigung des Profetarats sprach, und die „Arbeiter- und Bauernräte“ als der Weisheit letzten Schluß forderte.

Unsere Genossen hatten das Häuslein radikalistischer Kommunisten allein gelassen und sich vernünftigerweise nicht auf die scheinbar beabsichtigte Freigelei eingelassen.

Wesentlich ist noch das Bestehen des kommunistischen Versammlungsleiters Rippert, der im Schlußwort zusicherte, daß man alle Versammlungen, in denen die Arbeitervertreter Levi, Hoffmann usw. sprechen sollen, sprengen wird. Unsere Genossen werden sich dies für alle Fälle zu merken haben.

21 Arbeiter von einer Lawine verschüttet

(E. B.) Mailand, 29. Mai.

Unweit des Trejod-Talles an der italienisch-französischen Grenze sind unter dem Schnee die Leichen von 21 italienischen Arbeitern gefunden worden, die in eine Lawine geraten waren, als sie auf Schleichwegen ohne Paß über die Grenze gehen wollten.

Ein neues Strafgesetzbuch in Rußland

Nach einer Meldung des Ch. Expreß hat das allrussische Zentral-Konkurrenz-Komitee in seiner gegenwärtigen Tagung ein neues Strafgesetzbuch beschlossen. Es soll bereits am 1. Juni im gesamten Gebiet der Sowjet-Föderation in Kraft gesetzt werden.

Die Kämpfe in Irland, Neuter meldet, daß die Lage im Ulster immer erlinter wird. Schwere Kämpfe fanden Sonntag nacht an der Grenze von Fernanagh statt. Ein Vollgast und fünf Aufhörer wurden getötet, viele verwundet.

Arbeit für den Staatsanwalt

Die Aussagen des Jägers Runge über die Mörderzentrale im Edenhofel

Wir setzen nachstehend die protokolllarischen Aussagen des Jägers Runge über die schreckliche Mordtat an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht fort. Merkwürdigerweise schweigt die gesamte bürgerliche Presse über diese Veröffentlichungen; nur einige deutschsprachige Zeitungen bringen kurze Notizen. Noch merkwürdiger erscheint es, daß ausgerechnet jenes Blatt, an dessen Kopf die Namen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht stehen, kein Wort über die Aussagen Runges bringt. Die betr. „Note Jahne“ beschränkt sich lediglich auf eine Polemik gegen den „Vorwärts“ unter den Überschriften: Ein Manöver des „Vorwärts“. Merken denn die Kommunisten nicht, wie sie mit dieser Art der Behandlung den ganzen Frage nur die bürgerliche Presse unterstützen? Wenngleich wir die Sozialdemokraten von der damaligen rühmlichen Mordtat nicht ganz unschuldig sprechen können, so hat doch die gesamte Arbeiterklasse ein Interesse an der reißenden Aufklärung über das Treiben der monarchistischen Mörderzentralen und an die Bestrafung der Mörder.

Uebrigens soll der Leiter der Abteilung 1A im Polizeipräsidium, der Oberregierungsrat Weiß, eine sofortige Untersuchung gegen alle genannten und am Mord beteiligten Personen eingeleitet haben. Also doch endlich! Wir haben bereits im Januar 1921 (Nr. 13 der „Freiheit“) einen Brief Runges abgedruckt, desselben Inhalts, wie die jetzigen Aussagen. Damals rührte kein Staatsanwalt und kein Polizeipräsident die Hände, um eine Anklage zu erheben. Vielleicht darf man die führenden Sozialdemokraten in der Regierung und im Polizeipräsidium fragen, warum jetzt erst, nach der Wiederholung unserer Angaben, eingeschritten wird?

Nach der vom Jäger Runge in der „Vorwärts“-Redaktion zu Protokoll gegebenen Aussage über die Vorgänge in der Nacht vom 15. zum 16. Januar 1919 scheint uns im Zusammenhang mit der Beweisaufnahme im gestrigen Krull-Prozess (siehe 2. Seite 1. Beilage) dringend der Aufklärung bedürftig

die Tatsache:

daß Krull davon abgesehen hat, die Uhr den Angehörigen Rosa Luxemburgs zurückzugeben, um nicht den Verdacht der Täterschaft auf sich zu lenken;

die Tatsache:

daß Krull, der eine größere Geldsumme zur Verfügung hatte, im Januar 1921 für „längere Zeit“ den heimatischen Staub von seinen Pantoffeln schütteln wollte.

Es ist beim besten Willen nicht möglich, die detaillierten Angaben Runges als die eines Gemeindefrauen anzusehen. Runge hat mit Bestimmtheit Krull als den Mörder Rosa Luxemburgs bezeichnet. Er war den Ordnungsbekanntem gewesen, solange sie ihm mit Versprechungen den Mund stopfen konnten.

Jetzt sprechen nicht nur die Angaben Runges, jetzt ziehen die Angeklagten in ihren eigenen Aussagen sich selbst die Schlinge zu.

Wir sehen die Zusammenhänge — hoffentlich auch die Staatsanwaltschaft.

Runge: Ich blieb mehrere Tage in der Wohnung des Hdn. Piepmann, bis es den Hausbewohnern auffiel und sie Verdacht äußerten. Ich mußte mich dann in einer Anstalt in der Körnerberger Straße aufhalten, bis die Papiere da waren. Die Papiere lauteten auf den Namen Krankenwärter Düwald. Die Papiere kamen vom Edenhofel. Ich fuhr mit diesen Papieren nach meiner Wohnung und zeigte das meiner Frau, die zu mir sagte: „Mann, mit diesen Papieren kannst du nicht weg, das sieht dir jeder an, daß du nicht 28 Jahre alt bist.“ (Das Alter des angeblichen Düwald.) Ich fuhr nach dem Edenhofel zurück, weilerte mich, zu flüchten. Die Papiere wurden darauf geändert, so daß mein Alter herauskam (45 Jahre).

Ich wurde gezwungen zu flüchten nach Flensburg.

Ich mußte angeben, wann der Zug abfuhr und wann ich ankam. Es erschien ein Offizier und brachte mir 4000 M., eine Bescheinigung, ich sollte nach Prag fahren, nach dem deutschen Konsulat, da sollte ich weiter beschäftigt werden, was ich aber ablehnte, da es kein Auslandspaß war. Darauf wurde ich nach Flensburg geschickt. Ich nahm 2000 M. mit, wurde als ein Überflüssiger in meiner Frau. Ich schickte von Flensburg aus eine Depesche, daß ich zurückkomme, da ich mich hier mit dem Geld nicht länger halten konnte. (Das war im Februar 1919.) Darauf bekam ich eine Depesche zurück: Nicht mehr schreiben, alle verreckt. Ich kam in Flensburg mit einem Oberleutnant Sommerfeld zusammen, der mich erkannte. (Er hatte dort ein Verzeß.) Er warf mich an, nahm mich mit nach Heide (Hollstein) zum Freikorps Bälow. Ich wurde dort dem Stad vorgeschickt und gefeuert. Inzwischen hatten mich aber zwei Unteroffiziere in der Kaserne erkannt — es waren Postkassierer — und mir auf den Kopf gesagt, daß ich Runge wäre, was ich dann auch nicht leugnete. Die Mannschaften wollten mich lynchen. Ich kam nach Vorholz, der Stad war in Wiederaufbau, wählte aber genau, daß ich Runge war. Auch da wollte mich die Mannschaft lynchen, trotzdem ich sagte, ich bin nicht der Täter. Ich wurde nach Sonderburg verführt, setzte aber auch da den Hauptmann v. Rappelsdorf in Kenntnis sowie den Feldwebel, daß ich nicht Düwald, sondern Runge sei. Ich blieb dort bis zum 11. April. An diesem Tage wurde ich in Sonderburg verhaftet. Die Kriminalbeamten, die mich verhafteten, sagten sofort,

ich solle schweigen über die Sachen und sollte die Tat auf mich nehmen,

da ich 100 000 M. bekäme. Ich sollte keinen anderen Anwalt nehmen wie den Rechtsanwalt Grünspach, der mich freibringen würde. Ich wurde dann am 19. April in das Edenhofel eingeliefert und dem Gerichtsarzt Jhrns vorgeführt. Der mir sagte, ich solle keine Brüche machen, denn es sei schon Brüche genug. Ich solle die Strafe ruhig auf mich nehmen, es käme eine Amnestie, und dann würde ich sofort frei, und in der Not könnte ich mich wieder „an uns“ wenden.

Ich wurde in das Zellengefängnis eingeliefert, sämtliche Zellen wurden offen, die inhaftierten Offiziere (Bogel, v. Pflügel-Darlung, v. Stiegen, v. Mittgen, Schulz) drangen alle sofort auf mich ein und fragten, was ich ausgelegt hätte.

Ich erwiderte, daß ich die Unwahrheit gesagt hätte. Kapitänleutnant Pflügel-Darlung sagte mir, Sie haben gut ausgelegt. Er fragte dann, welchen Rechtsanwalt ich haben wollte, es gäbe keinen anderen als Grünspach. Später stellte sich der Rechtsanwalt Grünspach bei mir vor und sagte mir: „So weit ist alles ganz gut gegangen, aber was machen wir nun, um die falschen Papiere aus der Welt zu schaffen? Sagen wir, wir haben sie von Spartakisten gekauft, und Sie sind doch gefällig minderwertig, Sie kommen doch frei.“ Eine weitere Untersuchung hat nicht stattgefunden.

Die Zelle stand tags und Nacht offen, die Offiziere gingen ein und aus, sogar auf die Strohe, bis 12-1 Uhr nachts war Damenbesuch in den Zellen. Es fanden große Weingelegte statt.

Kapitänleutnant Pflügel-Darlung sagte mir:

„Wenn Sie die Wahrheit sagen und wir reinfiegen, müssen Sie herben, denn wenn Sie schlafen, liegt mal eine Handgranate auf dem Bett, und Sie sind erledigt.“

(Es folgten dann Aussagen über die Verhandlungen und den Urteilspruch. Die Red. der „Freiheit“.)

Am 19. Mai 1921 hatte ich meine Strafe verbüßt und wurde aus dem Gefängnis entlassen. Ich suchte dann Arbeit. Es kam die in den Zeitungen schon geschilderte Szene aus dem Arbeitsnachweis, wo ich mißhandelt wurde. Darauf wurde ich in Haft genommen, der Stadbrief gegen mich war noch nicht gelöst. In einer Drohke wurde ich nach Hause gebracht, wo ich einen Tag verblieb. Ein Kommissar und ein Rittmeister von der Sippe kamen in meine Wohnung und erklärten mir, ich müsse noch in der Nacht weggebracht werden, die Spartakisten könnten kommen und mich aufhängen. Ich wurde unter dem Namen Lange nach der Paulsborner Straße 4 gebracht. Es befindet sich dort die Klinik von Frau Ritter und Professor Dr. Granert. Inzwischen war Leutnant Krull verhaftet worden und ich wurde als Zeuge gesucht.

durste aber nicht zur Vernehmung gehen.

In die Klinik kam auch immer ein Dr. Schiffer, der in Schöneberg, Am Park 18, wohnt und einer nationalen Partei angehört. Schiffer verbot mir auch in ziemlich schroffer

Weise, zur Vernehmung in Sachen Krull zu gehen und verschaffte mir falsche Papiere,

die auf den Namen des Sergeanten Wilhelm Franz Rudoff aus Posen lauteten. (Runge legt im Original diese auf den Namen Wilhelm Franz Rudoff lautenden Papiere vor.)

Das erste Papier ist ein Entlassungsschein, datiert vom 1. April 1920, unterschrieben J. N. Seeliger, Oberleutnant zur See. Es trägt den Stempel der Schiffs-Kommandowision der Dflsee.

Das zweite Papier ist ein Stammbrochenaufbau auf den Namen des besagten Sergeanten Wilhelm Franz Rudoff, mit gleicher Unterschrift und gleichem Stempel, wie das erste Papier.

Das dritte Schreiben ist ein Dienstleistungszeugnis für den Gärtnerei Rudoff, ausgestellt vom Generalkommando des 7. Armeekorps. Es trägt das Datum: Münster, 13. Juni 1921 und ist unterschrieben von Hauptmann von Chausin.

Die Deutschnationalen u. Korbhaken als Mitverschwörer

Der Jäger Runge (alias Rudolf) legt folgendes an ihn gerichtete Schreiben vor:

Dr. Gustav Schiffer, Berlin-Schöneberg, den 23. Mai 1922.
Privatsekretariat, Am Park 18,
Telephon: Stephan 8220.

Herrn Wilhelm Rudolf
Lieber Herr Rudolf!

Ihren Brief vom 22. er. habe ich erhalten und hoffe, daß ich bis Donnerstag nächsten Bescheid habe. Sollte dies nicht der Fall sein, so wäre tatsächlich meine Kunst zu Ende, denn ich habe actan, was ich tun konnte und mich jetzt aufricht noch-mals mit einem sehr energiegelassen Brief an ein Mitglied des Vorstandes der Deutschnationalen Volkspartei gewandt.

Mit den Papieren kann ich Ihnen selber nicht helfen, Sie müssen sich da an Herrn Oberleutnant Korbhaken wenden, der mit der Gutsverwaltung in Verbindung steht.

Sie wissen, lieber Herr Rudolf, daß ich selber mit der ganzen Angelegenheit nichts zu tun gehabt habe, sondern lediglich auf die Zeitungsnote, aus der ich erlah, daß man Sie mißhandelt hat, für Sie eingetreten bin und actan habe, was ich tun konnte. Wenn mir nicht mählich war, mehr zu erreichen, so ließe das an der mangelnden Opferwilligkeit nationaler Arbeit. Die Organisation, die Ihnen jedoch Arbeit verschaffen kann, ist und bleibt Korbhaken in Wannsee.

Des weiteren empfiehlt es sich vielleicht, daß Sie gelegentlich vor Beginn der Sitzungen in den Reichstagen gehen und dort Herrn Geheimrat Schulz-Bromberg oder Herrn Major Dennis verlangen. Die Partei muß für Sie sorgen, doch lassen Sie uns hoffen, daß wir bis Donnerstag eine Antwort haben.

Mit bestem Gruß

Ihr Gustav Schiffer.

Runge gibt nun weiter an: Man hat mich von der nationalen Arbeit gar nicht erst nach Hause gelassen, sondern mich gleich mit einem Leutnant von Grabow nach Blankensee (Gintterwommern) geschickt. Später wurde ich nach Mecklenburg gebracht; immer auf den falschen Namen Rudolf.

Inzwischen wurde ich weiter als Zeuge in dem Prozeß gegen den Leutnant Krull gesucht. Es wurden nun alle Anführungen gemacht, damit ich nicht gefunden wurde. Nun ließ der Untersuchungsrichter in Sachen Krull, Herr Dr. Keldsen, mir durch meinen Stiefsohn mitteilen, ich sollte angeben, wo ich bin, damit ich dort vernommen würde. Diese Mitteilung erhielt ich in Mecklenburg auf dem Gut Kallow bei Kallow, Kreis Wismar. Es war dort eine militärische Organisation untergebracht. Die Leute saßen als angebliche Landarbeiter auf den Gütern herum, um im Bedarfsfalle als Soldaten bereit zu sein. Weiter war der Major Weber. Dessen sagte ich: „Ichahre jetzt nach Berlin, denn ich werde immer tiefer in die Sache hineingerissen.“ Darauf ließ man mich nach Berlin fahren, gab mir aber drei Offiziere, Leutnant Bender, Leutnant Funs und Leutnant v. Dalwitz, als Begleiter mit. Die mich nicht aus den Augen ließen. Diese drei Offiziere brachten mich gleich nach Wannsee, Otto-Friedrich-Straße 18, wo das

Büro der Arbeitsgemeinschaft Korbhaken

ist. Dort wirkten Leutnant Korbhaken sowie andere Offiziere namens Berthold, Rybe usw. auf mich ein. Ich sollte die Sache teilweise und einfach sagen, ich kenne Krull nicht, ich könnte mich auf nichts mehr erinnern. Dafür sollte ich eine gute Säckenna bekommen. Ich habe mich bei meiner Aussage, bei der ich nicht verurteilt wurde, leider durch das

Drängen dieser Leute dahin beeinflussen lassen, daß ich im ähnlichem Sinne ausgesagt habe. Darauf sollte ich nun nach Oberhiesien zur Arbeitsgemeinschaft Korbhaken abgeleitet werden. Ich bin nicht nach Schlesien gefahren.

Ferner legt Runge folgenden Brief des Rechtsanwalts Frh Grünspach vor, der auf einen Geschäftsbogen mit Schreibmaschine geschrieben ist:

Notar Frh Grünspach Berlin N. 15, den 17. Sept. 1920,
Dr. Schumann u. Nth Rurfürstendamm 185
Rechtsanwälte (Ede Wielandstraße)

Herrn Otto Runge

Berlin,
Untersuchungsgefängnis
Alt-Moabit 12 a.

Sehr geehrter Herr!

Ich habe alles getan, was ein Rechtsanwalt für Sie tun kann. Ein Gnadengesuch ist eingereicht, ein Antrag auf Strafsanction, schon vorher habe ich mich an den Reichswehrminister gewandt, habe eine Eingabe an die Staatsanwaltschaft gemacht, andere Möglichkeiten gibt es nicht. Ich werde auch in der Lage sein, wenn Sie entlassen sind, Ihnen einen Betrag von 3000 M. zu zahlen, der von einem Spender, welcher nicht genannt sein will, für Sie mit der ausdrücklichen Weisung hinterlegt, Ihnen diesen Betrag erst bei Ihrer Entlassung zu übergeben, und zwar nicht auf einmal, sondern in monatlichen Raten von 300 Mark.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Grünspach, Rechtsanwalt.

Runge bemerkt noch: Ich habe alle diese Angaben gemacht, weil ich verlange, daß mein Verfahren wieder aufgenommen wird. Ich bin nicht der Mörder Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts. Soweit ich in der Sache gehandelt habe, bin ich das Werkzeuge der Offiziere im Edenhofel gewesen, die mit Befehlen und Drohungen auf mich eingewirkt haben. Der Haupttäter ist in Wirklichkeit der Leutnant Krull, nach ihm der Leutnant Bogel, außerdem der Kapitänleutnant v. Pflügel-Darlung, v. Mittgen, v. Stiegen, Leutnant v. See Schulz und Viepmann. Ich möchte auch, daß die Berliner Arbeiterkassette von diesem Sachverhalt Kenntnis nimmt, den ich jederzeit zu bezeugen bereit bin.

Die Protokollführer der „Vorwärts“-Redaktion bemerken zu diesen Aussagen in einem Nachsatz:

Runge hat diese gesamten Angaben vollkommen freiwillig und ohne jede Beeinflussung von unserer Seite gemacht, sie sind ihm vorgelesen und von ihm bestätigt worden. Irigendwelche Änderungen unsererseits sind nicht vorgenommen worden.

Nachschrift der Redaktion: Wir werden zu diesen wichtigen Aussagen des Jägers Runge in einer politischen Betrachtung noch zurückkommen. Im übrigen verweisen wir auf den Prozeßbericht gegen den Leutnant Krull in der heutigen Ausgabe der „Freiheit“.

Eine gute Abfuhr

Mit einem großen Aufgebot von Scharfsinn hat unlängst der Professor von Frehtag-Dorringhoven „bevolen“, daß die Weimarer Reichsverfassung unglücklich sei. Ein Geschichtsforscher macht in der „Frankfurter Zeitung“ dazu folgende Bemerkung:

„Sehr schön! Also die Reichsverfassung von 1871 wäre noch heute gültig. Doch seien wir nur einmal folgerichtig: Wie ist denn die Reichsverfassung von 1871 zustande gekommen? Sie ist, wie jedermann weiß, eine Weiterentwicklung der Verfassung des Norddeutschen Bundes, der seinerseits durch den Reichsbruch des Jahres 1866 entstand. Danach wäre jetzt unsere einzig rechtmäßige Verfassung die Deutsche Bundesakte von 1815. Doch halt! Auch da liegt ein Reichsbruch vor: zahlreiche, sehr legitime Fürsten, Grafen, Reichsritter, Reichsäbte waren ja in der napoleonischen Zeit auf sehr unanständige und sehr revolutionäre Weise beseitigt worden. Die hohenlohe und Fürstenberg waren sicher ebenso legitim wie die Hohenzollern und Wittelsbacher, und doch hat man sie nicht wiederhergestellt. Also auch die Bundesakte von 1815 ist durch zahlreiche Reichsbrüche, auf revolutionärem Wege entstanden. Also bleibt uns nichts übrig, als die alte Reichsverfassung des 19. Jahrhunderts mit dem Regensburger Reichstag, mit der goldenen Bulle, mit sämtlichen geistlichen und weltlichen Fürsten, Reichsrittern und Reichsäbten als die rechtmäßige Verfassung des Deutschen Reiches zu erklären. Quod erat demonstrandum.“

Ganz richtig. Und gehen wir noch weiter zurück, kommen wir zum Stand der gemeinfreien Bayern, den Markgenossenschaften und den germanischen Volksgemeinschaften. Ob den Deutschnationalen diese Rechtslage behagen würde, steht freilich auf einem anderen Blatt.

Die Alldutschen wünschen Taten

Die Alldutschen sind wieder einmal sehr eifrig, um das deutsche Volk mit ihrer aus der Kriegszeit her vererbten Politik zu beglücken. Natürlich wünschen sie eine Politik der Tat (bei der Tat sind sie selbst aber nicht dabei). Die leitende Körperschaft des Alldutschen Verbandes hat am 28. Mai eine Entschliessung angenommen, worin sich diese zweifelhaften Heiden gegen die Fortsetzung der selbstmörderischen Erfüllungspolitik wenden, die sich als unmöglich erweisen habe. Deshalb erklärt der Ausschuss es für geboten, jede Erfüllungsforderung der Feinde auf jede Gefahr hin abzulehnen — selbst auf diejenige des weiteren Einmarsches.“

Es folgen dreifache Bemerkungen über den „Landfremden Juden“ Eisen, um dann die Schuld an dem Zusammenbruch Deutschlands dem „germanischen Judentum“ anzuhängen.

Wir bringen diese Kerkerung um desswillen, weil bekanntlich unlängst im Auswärtigen Ausschuss die Heffertich und Konsorten in ähnlicher Form einen weiteren Einmarsch der Entente zu provozieren versuchten.

Es wird Zeit, den alldutschen Kriegshegern einmal gründlich auf die Finger zu klopfen.

Krieg und Profit. — Der Amsterdamer Gewerkschaftsbund meldet: Der letzte Krieg kostete Australien 440 000 000 Pfund Sterl. und 60 000 Menschenleben. Die Kapitalisten des Landes bereicherten sich insgesamt seit 1914 um über 600 000 000 Pfund Sterl. und Zehntausende von Australiern sind nun arbeitslos. Dies ist sicher eine schwere Anklage gegen den Kapitalismus. Der Sozialismus würde solche Verhältnisse unmöglich machen, indem er allgemeinen Wohlstand und internationalen Frieden herbeiführen würde. — Benjamin C. Ward, vom Nationalrat der Farmer von Chicago, hat berechnet, daß jeder während des Krieges geübte amerikanische Soldat den Kriegsgewinnern seines Landes netto 250 000 Dollar einbrachte.

Zum Fest!



empfehlen wir unsere allseitig gerühmten guten Qualitäten

Margarine feinste Marken Pfd. **34,- 32,- 40,-**

Hochfeine Tafelbutter Pfd. 22,- Garant reines Schweine- Schmalz zumbilligsten Tagespreis Allenfeinstes Weizen- Auszugmehl Pfd. 13 u. 12,- Prima Weizenmehl Pfd. 11,-	Gebirgs-Kaffee Pfd. 28,- Kaffee-Mischung Pfd. 8,- (20% Bohnenkaffee) Malzkaffee Pfd. 12,- Feinste Cichorie Pfd. Rolle 12,- Tee , echter Pfd. 14,- Vorzüglicher Kakao Pfd. 11,-	Echter Emmenthaler Schweizerkäse Pfd. 15,- Echter Edamer Pfd. 11,- Echter vollfetter Holländer Pfd. 14,- Echter vollfetter Tilsiter Pfd. 14,-
--	--	--

Loreley · Ladewig · Reichelt · Union · Assmann

Theater u. Vergnügungen

Bolksbühne
7 1/2 Uhr
Der Traum ein Leben

Neues Volks-Theater
Adenauer Straße 64
7 1/2 Uhr
Anna Boleyn

Staats-Theater
Opernhaus 8 Uhr
Mona Lisa

Walthalla-Theater
7 1/2 Uhr
Gasthaus zur Liebe

Wallner-Theater
7 1/2 Uhr
N. beiden Nachfolgern

„Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler“ im Kaiser-Theater 1. u. König-Theater 1. u. Köglg-Theater Str. Tägl. 8 Uhr

Komödienhaus:
8 1/2 Uhr
„Gretchen“
Glässer, Roberts

Berliner Theater
7 Uhr
Madame Frit.

Verliebte Leute
Täglich 7 1/2 Uhr

Residenz-Theater
Eine Frau ohne Bedeutung

Trion-Theater
Moral v. Lu. W. Thoma

Theater des Ostens
(Rosa-Theater)
7 1/2 Uhr
Brot und Arbeit

Casino-Theater
7 1/2 Uhr
Der neue Schlager
Der Neffe aus Afrika.

Theater a. Kottbus. Tor
Allabendlich 7 1/2 Uhr
Elite-Sänger
n. n. Liederpreis
„Fantasie im Ratsweinkelier“
Ferner der Just. Einakter:
„Der Schipper“

Garderoben
Herren Damen
Anzüge, Hosen, Kleider, Kostüme, Schüpfier, Mäntel
auf
Teilzahlung
Grebler, Weinbergsweg 4

Mietzner
Kinderwagen & Wägen
Andreasstr. 23
am Platz
Brunnenstr. 95
Beusselsir. 67
Leipzigerstr. 54
Neukölln, Bergstr. 133
Spandau, Charlottenstr. 247

TONY BREITSCHIED-VERLAG · BERLIN W 15, FASANENSTRASSE 58
In wenigen Tagen erscheint:
K. KAUTSKY
MEIN VERHÄLTNISS ZUR UNABHÄNGIG. SOZIALDEMOKRAT. PARTEI
Inhalt: 1. Im Kriege. 2. Die Spaltung. 3. Die deutsche Revolution. 4. Seit der Revol. on. 5. Auf zur Einigung.
PREIS Mark 3.00
Für Organisationen d. sozialistischen Parteien u. Gewerkschaften Vorzugspreis:
VORBESTELLUNGEN SCHON JETZT ERBETEN!
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Organisationen und direkt vom Verlag

Alle Seifenhänder
decken ihren Bedarf
in Toiletenseifen, in Kernseifen, in Faßseifen, Seifenpulver usw.
im Seifenlager
Emerich A. Salgo
N 54, Lothringer Straße 38, Hof

Volks-Reise-Verband
Geschäftsstelle:
Neukölln, Münchener Straße 53
Ferien-Fahrten 1922
30. Juli-6. Aug.: Fintelgeirge
5.-19. Aug.: Schwarzwald u. Bodensee
Weitere Reisen in Vorbereitung.
Nur schriftliche Auskunft erteilt die Geschäftsstelle. — Rückporto ist beizufügen.
„Der Reisegenosse“ ist erschienen. Einzelk. 1.-M. Mitgl. konfr. Monatsbeitr. 1.-, Erschr. 10.-M.

Jeder Parteigenosse! muß es sich zur Pflicht machen einen Abonnenten zu gewinnen!

Ausschneiden!

1 Exemplar der täglich einmal erscheinenden Zeitung
„Freiheit“
Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Frauenwelt“ und „Jugend-Genosse“ zum Preise von Mk. 42.— monatlich, Mk. 21.— halbjährlich bei freier Zustellung ins Haus

Name: _____
Ort: _____
Straße: _____
St. _____
Diese Briefkasten bitten wir in einer unserer Expeditionen abzugeben oder an die Hauptexpedition, Berlin S 2, Breite Straße 8-9, einzuliefern.

Für 20 Mark
wöchentlich erhalten Sie bei kl. Anzahlung
Gardinen
jeder Art
von **295.-** Bettdecken, Bettwäsche, Stores, Läuferstoffe.
Zorndorferstr. 54
Garthei

Möbel
nach zu billigen Preisen, so lang's Vorrat reicht.
Bar od. Teilzahlung
bürgerliche
Wohnungseinrichtung.
Küchen- u. Badmöbel, Einzelne Möbel
Liefere auch nach auswärts.
Lagerung kostenlos
Möbel-Cohn
Gr. Frankfurterstr. 58
3 Min. v. Alexanderpl.
Filiale:
Badstraße 47-48
5 Min. v. Bht. Opernubr.

Spez. Hob. Zschias
nur für u. 2. Teil. Da ich 3. Teil in 18. Tag fertig. Hierd. man sich selber helfen u. Referenz. anfordern. 199. von 9-3. Jacoby

Möbel
nach zu billigen Preisen, so lang's Vorrat reicht.
Bar od. Teilzahlung
bürgerliche
Wohnungseinrichtung.
Küchen- u. Badmöbel, Einzelne Möbel
Liefere auch nach auswärts.
Lagerung kostenlos
Möbel-Cohn
Gr. Frankfurterstr. 58
3 Min. v. Alexanderpl.
Filiale:
Badstraße 47-48
5 Min. v. Bht. Opernubr.

Kein Laden

Fabelhaft billige Pfingst-Angebote!
Eilen Sie!

Damen weiß Leinen Spangenschuhe
in guter Lederausführung, in Auslieferung, Schnür, Spange und Kreuzspange Mk. 150.— **68°°**

Braune Sandalen
in bester Lederausführung
Gr. 31-35 175.00 Gr. 27-30 150.00 Gr. 25-26 **125°°**

Herren in Rindbox- u. Chevreau-Stiefel
in guter Leder-Ausführung! Solange Vorrat reicht **375°°**

Damen in Lack Schnürschuhe
in bester Kalb-ack-Ausführung, kurze hübsche Form .. nur **495°°**

Ferner unterhalten wir grosses Lager in schwarzen, braunen und weissen Herren-, Damen- und Kinder-Stiefeln zu ausserordentlich billigen Preisen.

Schuhhaus Katz
vorn **10 Münzstraße 10** vorn
1 Treppe Jeder Käufer erhält 1 Paar in Gummiabstätze gratis.

Kein Laden

Ausserhalb Groß-Berlins Wohnende bitte beim Postamt bestellen!
Der Unterzeichnerte bestellst hiermit vom

Ostpreußen

Von Gustav Schröder.

„Ihnen müssen den Mut haben, eine Bartholomäusnacht zu veranstalten und den jetzigen Staat abzumorgeln.“

(Der deutschnationalen Redakteur Dhm. Allenstein in einer deutschnationalen Volksversammlung in Allenstein, Mai 1922.)

„Was geht uns Ostpreußen an? Das liegt da oben irgendwo zwischen Litauen und Polen. Was da geschieht, ist Nebenache.“ So denkt wohl mancher. Und doch ist die Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Ostpreußens für jeden Deutschen von größter Bedeutung. Einmal weil Ostpreußen einen großen Teil der Lebensmittel Norddeutschlands liefert, dann aber auch, weil hier eine, vielleicht die stärkste deutschnationalen Hochburg entstanden ist, weil man in Ostpreußen von einer Neuaufgabe von 1813 träumt und weil auch ohne diese Phantasmen sowohl Polen wie Litauen gerne die Provinz in ihren Saft stecken. Immer wieder muß betont werden: Achtet auf Ostpreußen!

Die politischen Zustände bauen sich auf den wirtschaftlichen auf. Betrachten wir diese zunächst. Da muß festgestellt werden, daß die Löhne der städtischen Arbeiter noch immer entsetzlich gering sind. Stundenlöhne von 5-10 Mark sind durchaus keine Seltenheit. Sogar in Königsberg kommt diese niedrige Entlohnung vor und in Elbing, der zweitgrößten Stadt der Provinz, wo die Schichauwerke mit ihren berühmten Hammerlöhnen „führend sind“, ist sie die Regel. Die Landarbeiter zerfallen in zwei Klassen: freie Arbeiter und Instleute. Die ersteren werden von den Agrariern schlecht bezahlt und müssen daher häufig außerhalb ihres Wohnortes Arbeit suchen. Die Instleute erhalten den größten Teil ihres Lohnes in Deputat, das heißt in Naturalien. Sie sind, weil sie Lebensmittel verkaufen, an der Preissteigerung interessiert und daher fast alle deutschnational orientiert.

Die Arbeitslosigkeit ist in verschiedenen Orten recht bedeutend. Das gilt vor allem für zahlreiche Städte, wie Königsberg, Elbing, Osterode u. a. In Elbing sind bei einer Arbeiterzahl von etwa 12000 seit Jahr und Tag fast 1000 männliche Arbeiter erwerbslos. In der Elbinger Metallindustrie sind bei Schichau und bei Komnik in den letzten 2 1/2 Jahren ununterbrochen Streiks und Aussperrungen gewesen, in denen die Arbeiter fast restlos unterlagen. Da der Inhaber der Schichauwerke, Carlson, ihnen eine einigermaßen menschenwürdige Entlohnung nicht zugestehen will, bleibt den Arbeitern nur das Mittel der Auswanderung. Elbing hat etwa 70000 Einwohner. Im Jahre 1920 sind 12000 und 1921 10000 ausgewandert. Es waren die besten und geschultesten Arbeiter, die ihre Heimat verlassen. Die Lücken sind durch Zuzug aus dem Hinterlande Ostpreußens und aus den an Polen abgetretenen Gebieten wieder gefüllt worden. Diese Zuzügler bringen rüchständige Ansichten mit und sind entweder deutschnational oder indifferent. Das Schichauwerk leidet empfindlichen und störenden Mangel an Spezialarbeitern, wie Messerschmiedern, Formern und Monteuren, denn wer einmal den Schichauwerken den Rücken gelehrt hat, kommt nicht wieder. Wie es heißt, soll jetzt auf den Schichauwerken ein Hochofen und ein Walzwerk errichtet werden. Diese Anlage wäre die erste ihrer Art in Ostpreußen.

Tatsache ist jedenfalls, daß die Firma Schichau in Elbing große Terrainsankäufe vorgenommen hat und daß Fabrikbauten unmittelbar bevorstehen.

Die jämmerliche Bezahlung der ostpreussischen Arbeiter bringt es mit sich, daß sie als Käufer für viele Artifel, z. B. Möbel, nahezu völlig ausbleiben. Derartige Waren werden dagegen in großem Umfange von Agrariern und Bauern gekauft. So hat ein Königsberger Möbelgeschäft — und nicht einmal das bedeutendste — allein im November vorigen Jahres für 1800000 M. Möbel verkauft. Die Ware ging fast durchweg aufs Land. Der Durchschnittspreis für ein Schlafzimmer, wie es die ostpreussischen Großgrundbesitzer kaufen, war im März 1922 100000 Mark. Den ostpreussischen Agrariern geht es überhaupt sehr gut. Ihre Hypotheken haben sie seinerzeit in gutem, vollwertigem Gelde erhalten. Jetzt sind die Hypotheken von ihnen aber mit der wertlosen Papiermark zurückgezahlt. Gleichgültig, ob private Kapitalisten oder Banken die Gepekten sind, Gewinner waren jedenfalls die Landwirte.

Die Preise der Güter schießen sprunghaft in die Höhe. Die Steigerung geht oft in die Hunderttausende im Jahr. Auch auf eine andere wichtige Tatsache ist noch aufmerksam zu machen. Unter dem Einfluß der hohen Milch-, Butter-, Fleisch- und Wollpreise nimmt der Anbau von Getreide und Hackfrüchten in Ostpreußen rapid ab. Die ostpreussischen Agrarier gehen zur Weidewirtschaft über. Nach Mitteilung eines ostpreussischen Industriellen ist bereits ein Drittel sonst angebauten Landes brachgelegt. Jede Preiserhöhung ist für die ostpreussischen Junker nur ein neuer Anreiz, auf diesem Wege fortzufahren.

Die politischen Verhältnisse, die aus diesen wirtschaftlichen Zuständen resultieren, sind nach mehr als einer Richtung eigenartig. Zu wenige Worte zusammengefaßt: die Provinz wird in geradezu stürmischem Tempo deutschnationalisiert. Ueber die ganze Provinz spannt sich ein Netz von hunderten deutschnationaler Organisationen. Nicht ein Flecken, wo nicht ein Ortsbeisitzer als deutschnationaler Vertrauensmann säße. Die politisch anders denkende Bevölkerung wird ausgehungert und zur Abwanderung gezwungen oder in die deutschnationalen Organisationen gepreßt. Das geht so weit, daß beitretende Mitglieder Kartoffeln, Mehl und andere Lebensmittel zu billigeren Preisen durch die deutschnationalen Organisationen geliefert erhalten.

Die Entwaffnung der ostpreussischen Monarchisten ist alles andere als vollständig. In Erzunz (Elbinger Höhe) hielt z. B. der Kriegerverein Ende vorigen Jahres eine Gedächtnisfeier für die im Kriege Gefallenen ab, wobei mit dem Modell 08 geschossen wurde. Bei der später folgenden Zauferei lagen die Gewehre stundenlang im Wirtshause herum. Obwohl die Sache in der Presse besprochen wurde, ist von einem Einschreiten der Behörde nichts bekannt geworden. Von den ganzen monarchistischen Zereberien weiß die Behörde überhaupt nichts. Das ist leicht erklärlich, denn die Kaiser-Landräte von früher amtierten zum großen Teil noch. Unter ihnen befinden sich Personen fragwürdigster Art, wie der Reidenburger Landrat, der Graf v. Posadowsky (Elbinger Landkreis), Herr v. Kuwers (Kreis Stuhm). Im Kreise Rosenberg wurde vor einiger Zeit der deutschnational-kommunistische Landrat, ein adliger Junker, durch einen bürgerlichen Demokraten ersetzt. Der Junker, dessen Geschäftsfüh-

rung nicht einmal juristisch einwandfrei gewesen ist, verzeigte und weigerte sich einfach, die Dienstwohnung zu räumen, so daß der neue Landrat zunächst obdachlos auf der Straße saß. Resultat: einige noch nicht ausgetragene Prozesse. Wie es dem neuen Landrat in diesem stöckreaktionären Kreise geht — die Dohna und Oldenburg-Januschau wohnen hier — mag sich jeder selbst ansmaßen.

Minister Severing war vor kurzem in Ostpreußen. Mit der Arbeiterschaft hat er wenigstens in den Provinzstädten, keine Fühlung gesucht, und daß die Behörden, vor allem der schwächliche Oberpräsident Siehr, ihm schon erzählen werden, es sei alles in Ordnung, ist klar. Tatsächlich ist denn auch Severing nach allen Regeln der Kunst „eingewickelt“ worden.

Die Deutschnationalen beklagten sich über polnische Agitation. Ein Adrachen Wahrheit mag darin schon stecken, wenngleich das deutschnationalere Gerede maßlos aufgebauscht ist. Es steht aber andererseits fest, daß die Deutschnationalen Ostpreußens mit ihren Gesinnungsgenossen im Freistaat Danzig und im polnischen Westpreußen enge Verbindung aufrechterhalten. Und die Generale Wilhelms bereiten planmäßig das Land, um die „gute“ Stimmung aufrechtzuerhalten und zu schüren. So sind, um nur einige zu nennen, in den letzten Monaten in Ostpreußen gewesen: Lettow-Vorbeck, Tirpitz, Admiral Scheer, v. Manthey, Hindenburg ist gegenwärtig dort und Ludendorff für den Herbst angekündigt. Diese Veranstaltungen werden vom Heimatbund und vom Heimatdienst arrangiert und erscheinen, rein äußerlich betrachtet, im harmlosen Gewande. Bedauerlich ist, daß bekannte Rechtssozialisten, wie der ehemalige Klassenführer Bartel-Danzig (jetzt Königsberg) und der Buchdrucker Buchecker-Marienwerder als Angestellte des Heimatdienstes fungieren. In Marienwerder hatten die Rechtssozialisten vor kurzem noch eine Arbeitsgemeinschaft mit sämtlichen bürgerlichen Parteien, einschließlich der Deutschnationalen. Das in Ostpreußen.

Zum Schluß muß noch auf eins aufmerksam gemacht werden: dem größten Teil der arbeitenden Bevölkerung Ostpreußens geht es infolge der schlechten Entlohnung, den hohen Warenpreisen und der Verteuerung der Eisenbahnfrachten und Fahrpreise viel schlechter noch als den übrigen deutschen Arbeitern. Ein Zentner Braunkohlenbriketts ist in Ostpreußen durchschnittlich um 30 Mark teurer als in Berlin. Von der Regierung sind beträchtliche Summen eingeseht worden, um Ostpreußen wirtschaftlich zu unterstützen. Bei der heutigen Gestaltung der Dinge besteht die dringende Gefahr, daß diese Summen nicht den Minderbemittelten zugute kommen, sondern eine Subvention für wirtschaftlich gutgestellte Großgrundbesitzer und Industrielle werden. Es wird seitens der parlamentarischen Vertretung der Arbeiter in dieser Hinsicht scharfer Kontrolle bedürfen, um das zu verhindern, wie überhaupt Ostpreußen steter Beobachtung bedarf.

Unsere Preussische Landtags-Fraktion.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtags zählt durch den Uebertritt der Abgeordneten Franke, Kunze und Ruch, die bisher der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft angehörten, und jetzt Mitglieder unserer Partei geworden sind, 31 Mitglieder.

Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki.

Ungleich autorisierte Uebersetzung von KUGUR SCHOLA. Amerikanisches Copyright 1915 bei Hillman & Co., Berlin.

(84. Fortsetzung.)

Eines Tages hatte Schicharew eine Kopie der Muttergottes von Hodorow, die nach der Stadt Kungur gehen sollte, fertiggemalt. Er legte das Bild auf den Tisch und sagte laut, in lebhafter Erregung:

„Da bist du nun glücklich vollendet, Mütterchen! Du bist wie ein Kersch — ein Kersch ohne Boden, in den nun die bitteren Herzensränen der Menschenwelt sich ergießen werden.“

Er warf den ersten besten Paletot, den er hängen sah, um die Schultern und ging — in die Schenke. Die jungen Leute lachten und pfften, die Älteren sandten ihm neidisch einen Seufzer nach. Sitanow aber trat an den Tisch, betrachtete aufmerksam das Muttergottes-Bild und sagte dann:

„Nun wird er sicher durchgehen — aus Herzeleid darüber, daß er das Bild fortgeben muß. In solchem Herzeleid ist nicht jeder befähigt.“

Wenn Schicharew „durchging“, so geschah das stets an einem Sonnabend. Es war nicht die gewöhnliche Form des alkoholischen Exzesses, wie sie bei trunksüchtigen Handwerkern vorkommt, die Sache nahm vielmehr bei ihm ihren eigenen Verlauf. Des Morgens schrieb er irgendwohin einen Brief, den der Behrling Paschka wegzubringen hatte, und vor dem Mittagessen sagte er zu Larionysch:

„Ich möchte heut — in die Badestube gehen...“

„Auf wie lange?“

„Nun, mein Gott...“

„Höchstens bis zum Dienstag, möcht' ich bitten...“

Schicharew nickte zustimmend mit dem kahlen Schädel, während seine Brauen zuckten.

War er aus der Badestube zurück, so zog er sich wie ein Sinker an, band sich Vorhemd und Arawatte um, ließ die lange silberne Uhrkette über die Atlasweste heraushängen und machte sich schweigend auf den Weg, nachdem er mir und Pawel befohlen hatte:

„Macht zum Abend die Werkstatt hübsch sauber; den großen Tisch müßt ihr säubern und glatt schaben!“

Unter den Leuten der Werkstatt war eine feiertägliche Stimmung bemerkbar, alle säuberten und putzten an sich herum, gingen in die Badstube und besilten sich mit dem Abendbrot. Nach dem Abendbrot erschien dann Schicharew mit ein paar Paketen, die allerhand Lederbissen enthielten, und einem reichlichen Vorrat an Bier und Braunwein, und hinter ihm kam eine Reisendame von ganz erheblichen Dimensionen dahergeschritten. Sie trug zwei Arzhy und zwölf Zoll*, unsere Stühle und Laburettis erschienen im Vergleich zu ihrer Gestalt wie Puppenmöbel, und selbst der lange Sitanow kam uns neben ihr wie ein Junge vor. Sie war von ebenmäßigem Bausche, nur ihr Bauen wölbte sich allzu mächtig nach dem Hintern empor, und die Bewegungen hatten etwas Langsames, Plumpes. Sie zählte sicher schon über vierzig Jahre, doch das runde, unbewegliche Gesicht mit den riesengroßen Pferdeaugen war noch frisch und glatt, und der kleine Mund erschien aufgemalt wie bei billigen Puppen. Lächelnd streckte sie jedem einzelnen ihre breite, warme Hand entgegen und sagte ihm irgend etwas Ueberflüssiges.

„Guten Abend! 's ist recht kalt heute! Wie scharf es hier riecht! Das sind wohl die Farben? Guten Abend!“

Ihre Erscheinung, ruhig und stark wie ein großer, wasserreicher Fluß, bot einen angenehmen Anblick, ihre Reden jedoch hatten etwas Einschläferndes, Ermüdendes. Bevor sie ein Wort herausbrachte, blies sie die knallroten Waden auf, die dadurch noch runder wurden.

Die jungen Leute klüfterten schmunzelnd:

„Ist das 'ne Maschine!“

„Der richtige Glockenturm.“

Die Lippen zu einem Schleichen zusammenziehend und die Arme unter der Brust kreuzend, setzte sie sich an den gedeckten Tisch, gerade vor den Stamowar, und ließ den gutberzigen Blick ihrer Pferdeaugen der Reihe nach über die Anwesenden schweifen. Alle benehmen sich ehrerbietig gegen sie, und die jungen Leute fürchten sich sogar ein klein wenig vor ihr. Ihre Blicke ruhen wohl begehrlisch auf dem mächtigen Frauenleibe, be-

gegen sie jedoch dem gleichsam zufassenden Auge der Niesin, so senken sie sich verlegen. Auch Schicharew wahr den Respekt vor dem Gaste, er redt keine Dame mit „Sie“ an, nennt sie „Gevatterin“ und verneigt sich tief, wenn er ihr die Schüssel anbietet.

„Aber beunruhigen Sie sich doch nicht!“ sagt sie, die Worte süßlich ziehend — „wie unruhig Sie sind, Gevatter!“

Sie selbst scheint es in nichts eilig zu haben. Die Ellbogen fest in die Seiten stemmend und nur die Unterarme bewegend, sitzt sie am Tische und spricht den Speisen zu, während ein leichter Weingeistdunst, wie von warmem, frischem Brot, ihrem Körper entströmt. Der alte Gogolew preist, vor Begeisterung stammelnd, die Schönheit des Weibes — es klingt, als wenn ein Künstler den Lobgesang zu Ehren Mariä herleierte. Herablassend lächelnd hört sie zu, und wenn er steckenbleibt, prahlt sie:

„Und dabei waren wir als junges Mädchen gar nicht hübsch, das ist alles erst später gekommen, wie wir verheiratet waren. Im dreißigsten Jahre waren wir so auffallend hübsch, daß sich sogar adlige Personen für uns interessierten. Ein Kreisfahrer hat uns einmal Wagen und Pferde versprochen...“

Kapendjuchin, der stark getrunken hat und zerzaust ansieht, sieht sie feindselig an und fragt grob:

„Wofür hat er das versprochen?“

„Für unsere Liebe natürlich,“ versetzte sie ruhig.

„Liebe... was für Liebe?“ murmelte Kapendjuchin ungläubig.

„Sie sind ein hübscher junger Mann — Sie werden schon wissen, was Liebe ist!“ erwidert sie harmlos.

Die Werkstatt schüttelt sich vor Lachen, und Sitanow sagt leise zu Kapendjuchin:

„Eine Gans, oder noch was Schlimmeres! Um so eine zu lieben, muß man wirklich einen tiefen Gram im Herzen tragen.“

Er wird blaß vom Trinken, an seinen Schläfen perlt der Schweiß herunter, und die klugen Augen flackern unruhig. Der alte Gogolew bewegt die mißgestaltete unruhig.

(Fortsetzung folgt.)

* 1,95 Meter.

Die Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, bei der die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes für die Zeit von 1871-1914 erscheinen, gibt auch die Korrespondenz „Politik und Geschichte“ heraus, in deren Nr. 3 vom 24. Mai Oberst Bernhard Schwertfeger eine „Würdigung“ des seiner Ansicht nach gewaltigen Ereignisses dieser Publikation veröffentlichte. Aus seinen Darlegungen geht hervor, daß für Unbelehrbare auch diplomatische Akten eine Unterrichtsquelle von zweifelhaftem Werte sind. Sonst wäre es geradezu unerklärlich, daß ein Mann wie Schwertfeger, der doch so nahe an der „Quelle“ sitzt, es fertigbekommt, die Behauptung aufzustellen: dieses Studium beweise,

„in wie hohem Maße die Schicksale der Völker von der richtigen Auswahl der an wichtigsten Stellen verwendeten Diplomaten abhängen und wie unbedeutend, mitunter kaum bemerkbar, der Einfluß der Masse auf das geschichtliche Geschehen sich auswirkt. Einzelne Persönlichkeiten sind es, die entscheiden, — nur sie geben der geschichtlichen Entwicklung Richtung, Sinn und Ziel.“

Kein Wunder, daß die bürgerliche Presse diese schiefen Ansichten mit Begehren abgedruckt hat. Ein ergötzliches Zeichen aber für ihre und Herrn Schwertfegers Gedankenlosigkeit ist es, daß sie auch abdruckte, was er zwanzig Zeilen dahinter zu sagen weiß. Nämlich:

„Der Leser belauscht unmittelbar die Vorgänge in der Gedankenkammer der leitenden Staatsmänner. Dabei tritt deutlich zutage, wie überall im Leben der Staaten für die Große Politik immer nur die machtpolitischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der einzelnen Nation bestimmend sein können. Alle Vereinbarungen und Bündnis-Systeme, die diesem Interesse widersprechen, haben keinen dauernden Bestand.“

So schnell hat sich kaum jemand vom Personenkultus zur wirtschaftlichen Geschichts-Auffassung bekehrt. Wenn nun in allen Tonarten das Hohe Lied den deutschen Regierung gelungen wird, weil sie sich als erste entschloß, die Archive ihres Auswärtigen Amtes — einigermäßen wertvollsten — zu öffnen, so bleibt dabei ganz unberücksichtigt, daß Deutschland allen Anlaß hatte, den Anfang zu machen. Nicht, weil es den Krieg verloren oder etwa eine Politik betrieb, die geheimnisträumerischer war als die der anderen Großmächte, sondern weil sich — wie Fürst Bismarck aus seiner Londoner Votivschäferzeit aufgedeckt hat — die Regierung Wilhelm II. für den von England vorgeschlagenen Versuch, der Dunkelkammer-Politik ein Ende zu machen, um seinen Preis gewinnen lassen wollte!

„Der ganze Bismarck“

Herr Schwertfeger hebt u. a. hervor, die Publikation aus den Akten des Auswärtigen Amtes habe „vor allem die große Bedeutung, daß nunmehr „Der ganze Bismarck“, das reiflose Bild des großen Kanzlers in allen Einzelzügen seiner gesamten großen Politik, erkennbar ist und verstanden werden kann.“

Schauen wir uns diesen „ganzen Bismarck“, diesen „großen Kanzler“ und seine „große Politik“ daraufhin einmal etwas näher an. Wer das Fälscherstück mit der Emser Depesche kennt, das Bismarck vollbrachte, um den Krieg mit Frankreich beileibe nicht scheitern zu lassen, dem wird kein „Distoriker“, keine Altens-Veröffentlichung weismachen können, daß „der eiserne Kanzler“ von innen heraus je ehrlich gewesen ist. Mit gar zu durchsichtiger Besessenheit nährte Bismarck und ihm er allenthalben den Glauben an die unabweisliche Kriegswut der Franzosen gegen Deutschland vor und nach 1870/71 nährten. Aus den Dokumenten des Auswärtigen Amtes aber ergibt sich, daß Jules Favre, der französische Minister des Aeußeren, dem Deutschen Reich im April 1871 „eine feste, innige Allianz“ mit Frankreich anbot, worauf Bismarck jedoch, wie Favre sagt, Letzteren nicht einig!

Die ganze Verlogenheit seiner Diplomaten-„Kunst“ aber offenbarte Bismarck Ende August 1871. Herr Thiers, der Repräsentant des kapitalistischen Bürgertums, war zunächst nur als „Chef der Ausübenden Gewalt der Französischen Republik“ und als Staats-oberhaupt vorläufig bestellt. Am 12. August wurde in der Nationalversammlung der Antrag eingebracht, Thiers vorläufige Machtbefugnisse auf drei Jahre zu verlängern. Für den 31. August stand die Abstimmung bevor, deren Ergebnis Herr von Bismarck nicht ganz sicher feststand. Daher beschloß er, wieder einmal Vorlesung zu spielen, und zwar zugunsten des Herrn Thiers, der ihm der beste Bourgeois schien, den Deutschlands Bourgeoisie sich an der Spitze Frankreichs denken und wünschen konnte. Also wurde folgende Komödie aufgeführt: Der deutsche Geschäftsträger in Paris, Graf von Waldersee, erhielt den Auftrag, dem französischen Minister des Aeußeren zu eröffnen: Sollte die politische Krise eine Wendung „von politischer Tragweite“ in der Regierung Frankreichs herbeiführen, so würde Deutschland sich für berechtigt halten, das deutsche Besatzungsheer in Frankreich sofort „auf jede uns zur Sicherung unserer Ansprüche erforderliche scheinende Höhe zu verstärken“! Und um diese Drohung noch wirksamer zu machen, wurde hinzugefügt, daß die Kosten für diese beliebige Truppen-Verstärkung Frankreich aufgewälzt werden würden! „Das Oberkommando in Compigne wird gleichzeitig von Seiner Majestät ermächtigt, alle durch die Sachlage etwa gebotenen Bewegungen behufs Konzentrierung unserer Truppen in der Richtung auf Paris anzuordnen und von den Generalcommandos am Rhein jeden etwa erforderlichen Nachschub heranzuziehen.“

Diese Mitteilung sollte Waldersee „diskret“ behandeln, indem er sie „nur“ den französischen Staatsmännern bekanntzugeben und diesen zu überlassen sollte.

Der Sumpf der Gegenrevolution

Die Verabung Rosa Luxemburgs — Der Mordverdacht gegen Krull

Wieder wurde gestern in Moabit eines der dunkelsten Kapitel der deutschen Revolution aufgerollt. Vor den Strafrichtern der 3. Kammer des Landgerichts II hatten sich Penitnant a. D. Ernst Krull wegen Diebstahls und stud. phil. Oberleutnant Siegfried Bracht, früher Leutnant, wegen Vehlerei zu verantworten. Krull wird beschuldigt, anläßlich der Ermordung Rosa Luxemburgs die goldene Uhr der Ermordeten sich in rechtswidriger Weise angeeignet und bei einer schon vorher von ihm vorgenommenen Hausdurchsuchung in der Wohnung Rosa Luxemburgs neben anderen von ihm beschlagnahmten Papieren auch Zeugnisse und Photographien der Ermordeten mitgenommen zu haben. Bracht hat von diesen Vorgängen gewußt und eines Tages — ob mit oder ohne Vorwissen Krulls hat die gestrige Verhandlung nicht ergeben — die Uhr nach der Redaktion der „Noten Blatte“ gebracht, in der zweifellos, von ihm allerdings befristeten Absicht, aus dieser „Erinnerung“ Kapital zu schlagen.

Als Verteidiger der Angeklagten fungierten H. A. Bahn und Dr. Ruffowski. Die Anklage wird vertreten vom Staatsanwaltschaftsrat Dr. Ortmann. Den Vorwurf führt Landgerichtsdirektor Ditt. Das gegen Krull wegen Diebstahls eingeleitete Ermittlungsverfahren wurde seinerzeit auf Mord ausgedehnt, da der inzwischen als „geisteskrank“ gestempelte Jäger Runge im Verlaufe derselben die Behauptung angebracht hatte, Krull sei derjenige Offizier gewesen, der bei dem Abtransport Rosa Luxemburgs vom Eden-Hotel auf das Trittbrett des Autos gesprungen sei und Rosa Luxemburg mit einer Pistole in den Kopf geschossen habe. Das auf Mord ausgedehnte Ermittlungsverfahren wurde eingestellt, da die Angaben des als „geisteskrank“ erklärten Runge als nicht glaubwürdig erachtet wurden.

Inzwischen hat Jäger Runge bekanntlich seine Aussagen in wesentlich erweiterter Form wiederholt. Seine der Redaktion des „Vorwärts“ gemachten Angaben, deren Fortsetzung wir an anderer Stelle unseres Blattes bringen und die sich im wesentlichen decken mit dem am 9. Januar 1921 in der „Freiheit“ veröffentlichten Briefe Runges, sind so gravierend und bezeichnend für Krull, lassen so wenig einen Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit des Runge zu, daß sich mit elementarer Bucht die Gewißheit aufdrängt:

Krull ist der Mörder Rosa Luxemburgs.

Magte doch sogar der Staatsanwalt zugeben, daß f. H. das Verbrechen gegen Krull nur eingestuft sei, weil die Beweise nicht ausreichten. Der Verdacht des Mordes aber besteht weiter gegen ihn und würde weiterer Nachprüfung unterliegen.

Die widerwärtige Physiognomie des Angeklagten Krull ist keineswegs geeignet, besondere Sympathien für diesen ehemaligen Offizier zu erwecken. Seine Aussagen werden von einem bemitleidenden Böseln begleitet. Man merkt die Absicht, angesichts der neuerdings gegen ihn erhobenen furchtbaren Anklagen Sicherheit vorzutäuschen und dem Gericht, durch gemachte Unbekantheit von vornherein die Ueberzeugung vollkommener „Unschuld“ zu suggerieren.

Nach seinen Angaben ist er von Mitte Dezember 1918 bis Januar 1919 beim Regiment Reinhardt gewesen. Am 18. Januar, dem Tage der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, sei er dienstlich zum Eden-Hotel geschickt worden. Dort sei

die Uhr Rosa Luxemburgs als Trophäe von Hand zu Hand gegangen.

Aus Unverschämte freist die Behauptung des Angeklagten, daß er

die Uhr lächelndweigend eingekiebt

habe, damit sie ja nicht verloren ginge und damit er sie später den Angehörigen wieder zustellen könne. Am 26. Januar sei er

zu den Baltikamern

geschahren. Vorher aber habe er die Uhr nach Hamburg zu seinen Eltern geschickt, die von der Herkunft derselben nichts wußten. Der Angeklagte erweist als das personifizierte böse Gewissen, als er auf die Frage des Staatsanwalts, warum er die Uhr, seiner unzulänglichen Absicht gemäß, nicht schon damals den Angehörigen Rosa Luxemburgs zustellte, antwortet, daß er gefürchtet habe,

den Mordverdacht auf sich zu lenken.

Er wollte erst Gras über die ganze Geschichte wachsen lassen. Erst als er, nach seiner Rückkehr aus dem Baltikum, im Januar 1921

versehen mit größeren Geldmitteln und für „längere Zeit“ ins Ausland,

nach Wien, fahren wollte, gab er seinem Kameraden Bracht den Auftrag, die Uhr, die er inzwischen bei seiner Wirtin in der Steglitzer Straße hinterlegt hatte, „möglichst diskret“ den Angehörigen zuzustellen.

Auf die Beschuldigung, in der Wohnung Rosa Luxemburgs Papiere und Photographien gestohlen zu haben, äußert der Angeklagte, daß er am 7. oder 8. Januar 1919, aber vor der Ermordung,

von Leutnant Penitser Befehl zur Hausdurchsuchung

in der Wohnung Rosa Luxemburgs bekommen habe. Er habe außerdem Frau Luxemburg verhaftet sollen. Da er sie in der Wohnung nicht antraf, hätte er alle Mannskrippe be-

„ob, inwieweit und in welcher Form“ sie sie in die Öffentlichkeit bringen wollten.

Die Lösung dieses „Mittels“ bekam Waldersee 24 Stunden später, und zwar teilte Bismarck ihm mit, der Zweck des Telegramms vom Tage zuvor sei gewesen: der jetzigen französischen Regierung gerade durch die Sprache, die „wir“ ihr gegenüber führen, nützlich zu sein und ihr eine Stütze zu gewähren, soweit sie selber glaubt, daß diese Wirkung dadurch erzielt werden könne. Mit anderen Worten: eine glatte Gannerei, an der auch dadurch nichts geändert wird, daß er zum Schein des Gerechten hinzufügt, „andererseits sei es ihm ernst mit seiner Drohung für den Fall, daß eine gar zu extreme Regierung aus Ruher käme, wobei zu bemerken ist, daß Bismarck, wie aus unzähligen seiner Aeußerungen hervorgeht, von „extremen“ Regierungen Frankreichs nur ein befürchtete: sie könnten vielleicht mit der Zahlung der Kriegsschuld in Verzug geraten! Daß General von Stosch aus Comwivans Schauerberichte über die gefährdete Lage

schlagnahmt. Dabei hätte er Zeugnisse, Papiere und Photographien,

Siegesstrophäen

an sich genommen. Seine bereits vor dem Untersuchungsrichter gemachte Angabe, bei dieser Gelegenheit auch die Uhr genommen zu haben, bekräftet er auf das entschiedenste. Diese Trophäe hätte er lediglich als „Erinnerung“ behalten wollen. Mit seinen Kumpanen hat der Angeklagte dann 3-4 Tage beschlagnahmt in der Wohnung Rosa Luxemburgs Quartier genommen.

Angeklagter Bracht behauptet, daß er erst im März 1919 die Uhr und die Schriftstücke Rosa Luxemburgs gesehen hätte. Genauer darüber hätte er nicht gewußt, denn er sei nur in flüchtiger Begegnung mit Leutnant Krull bekanntgeworden. Er hätte keine Zeit gehabt, weiter darüber nachzudenken, denn man hatte

wichtigere Dinge zu tun.

Erst später, als Krull, der über größere Geldmittel verfügte, jedenfalls für immer nach dem Ausland (Wien) gehen wollte, bat ihm derselbe die Uhr übergeben (die bei der Wirtin in der Steglitzer Straße deponiert war) mit der Weisung, sie den Angehörigen zuzustellen. Nach Angabe des Krull sei es für ihn

eine lässliche Sache

gewesen. Er sei dann mit der Uhr zuerst zur Redaktion der „Freiheit“ gegangen, um sie Dr. Silberdina zu übergeben. Als derselbe nicht zu sprechen war, hat er sich zur „Noten Blatte“ begeben, wo ihm Redakteur Fuchs die Uhr abgenommen hat. Der Angeklagte bemerkt in maliziösem Ton, daß es ihm nicht besonders „sympathisch“ gewesen sei, an diesen Blättern zu geben. Nichtsdestoweniger hat ihn diese Empfindung nicht abgehalten.

Geld für das Bringen der Uhr

zu verlangen, eine Forderung, die er auch später Paul Lepp gegenüber in einer Unterredung im Reichstag stellte.

Der als Zeuge vernommene Reichstagsabgeordnete Paul Lepp befanderte außerdem, daß Bracht ihm auch Dokumente aus rechtlichstehenden Kreisen zum Kauf angeboten habe. Vom Vorstehenden auf das Verzweifelnde einer solchen Forderung aufmerksam gemacht, erklärte der Angeklagte mit erhobener Stimme, daß rechtlichstehende Kreise großes Interesse an der Uhr Rosa Luxemburgs gehabt hätten.

Deutschnationale haben 12000 Mark dafür geboten!

Bracht bekräftigt auf das entschiedenste, die Uhr zum Kauf in der „Noten Blatte“ angeboten zu haben.

Einem breiten Raum nehmen die Auseinandersetzungen zwischen beiden Angeklagten ein, die die Höhe von Weisungsbescheidenheiten über eine Summe von 15000 bis 16000 Mark sind, die Krull dem Bracht schulden soll. Jedenfalls steht das eine fest und wurde von beiden zugegeben, daß sie sehr viel

für das Korps Hochbad im Reich herumzuführen seien und Gelder für illegale Zwecke veranschlagt haben.

Diese hat Bracht vorgeschossen, da sie nicht offiziell vom Freikorps Hochbad hätten getragen werden können. Auf die Frage, wofür die Gelder voranschlagt wurden, verweigern die Angeklagten die Aussage.

Hr. Jakob, die Freundin Rosa Luxemburgs, bekennt, daß diese die Uhr meistens bei sich getragen habe.

Unwesentliche Angaben macht ein „Einkaufszwangszeuge“, ein ehemaliger Baltikamer namens Kupfer, der sagte, daß Krull die Uhr gehäht habe, die Uhr den Angehörigen wieder zuzustellen.

In seiner Aeußerung bezeichnete Staatsanwaltschaftsrat Dr. Ortmann den Angeklagten Krull als einen Menschen, der sich

auf abschüssiger Bahn befindet

Bzüglich des auf ihm lastenden Mordverdachts machte der Staatsanwalt die schon oben erwähnten Ausführungen. Er beantragte Krull des Diebstahls und Bracht der Vehlerei schuldig zu sprechen und für beide je drei Monate Gefängnis anzuhängen.

Auf das Vöddover des Staatsanwalts Bahn näher einzugehen, wollen wir uns enthalten. Im Interesse seiner Klienten glaubte der Herr Anwalt sogar

mit antiseimilischen Mäßen

operieren zu müssen, indem er den Angeklagten Krull als einen Menschen mit tadelloser Vergangenheit bezeichnete, der sich große Verdienste um das Vaterland erworben habe, während

Rosa Luxemburg nur eine Ausländerin

gewesen sei. Er bezeichnete Krull als das Opfer der politischen Treiberei in radikaler Blätter und fand es für richtig, zur Entschuldigend des Angeklagten sogar auf die nur in der Phantasie existierende (Baltikum existierenden) spartakistischen Dachhöhlen hinzuweisen. Selbstverständlich plädiert er für Freisprechung.

Hierauf wurde die Verhandlung abgebrochen. Die Fortsetzung findet am Donnerstag, den 1. Juni, mittags 1 Uhr, statt.

Von der Verteidigung sind noch geladen Redakteur Fuchs von der „Noten Blatte“ und Leutn. a. D. Penitser, der seinerzeit sich rühmte, die 30 Matrosen in der Französischen Straße erschossen zu haben.

der deutschen Okkupationsstruppen nach Berlin gab, wird dem biederen Bismarck zwar gut in den Kram gepakt haben, aber er wußte ganz genau, daß es sich bei allen Nachrichten von Angriffsplänen der Franzosen um glatte Tatzaren-Weldungen handelte. Uebrigens ist er mit seinem Tria recht gut gefahren: am 31. August wurde den Antrag, Herrn Thiers die ausübende Gewalt auf weitere drei Jahre zu übertragen, angenommen, und der gute Mann erhielt sogar den Titel „Präsident“. Ein etwaiges Dankschreiben an Bismarck scheint sich nicht bei den Akten zu befinden. Wenigstens nicht bei denen des Auswärtigen Amtes. (Fortsetzung folgt)

Bei Hautausschlag, Flechten, Boim- und Krampfadern, geschwüren, Hämorrhoiden ist San-Rat Haussalbe seit 100 Jahren Dr. Strahl's Elefantenz-Apotheke, Berlin SW, Leipziger Str. 74

Groß-Berlin

Am Paetz- und Möllen-See

Wohin am Sonn- und Feiertag? Viele Wege führen nach Rom, viele zu den überaus zahlreichen herrlichen Wald- und Seenaebieten im Berliner Osten, die einen wesentlich anderen landschaftlichen Charakter tragen als die im Westen beim Grunewald und an der Havel. Am Osten überwiegt und besticht, wenn man von dem schon einigermassen ins Große gehenden Panorama des Müggelsees und der Müggelberge absteht, entschieden das liebliche Kleinodlische, Abwechslungsreiche. Nirgendes in der Mark sind die Seen, Fläshen, Bäche, Mühlenfließe zwischen Laub- und Nadelwald so dicht gelagert. Trotzdem ist der Osten eigentlich erst seit zwei Jahrzehnten dem Ausflugsverkehr kräftiger erschlossen worden. Beschränkung in Eisenbahnlinien nicht aber doch dem Hauptverkehr gewisse Grenzen. Die Hochsüd der Ausflügler müht sich mit zwei Marktkunden das Neueste zu und lernt nicht kennen, was an Naturschönheiten noch dahinter liegt. Eine solche scharfe Verkehrsbarriere findet sich bei Panitzsch, Beralich, Gottesbrunn, Grünheide am Werthe und bis zum Beginn des Paetzsees. Nur die mit taftischen, ausdauernden Frühen wandern noch weiter und spotten lustig des Geredes vom märkischen Sand.

In den Wald ziehen und Saufen vertritt sich schlecht zusammen. Auch am Dimmelfahrtstag hat's mich abgestoßen, wieviele Männlein und selbst Weiblein schon am frühen Vormittag „voll des süßen Weines“ (lies: Schnaps) waren. Ist denn das Erholung? Ist das ein Genuss für die anderen, die nichtern, wenn Salbtrunkene und sinnlos Besoffene lobend den Waldfrieden hören? Oder wenn sie sich in den Sommerlokalen, anstatt diese nur zu vernünftiger Rast zu besuchen, wütend festsetzen und zum Schluß im Eisenbahnabteil den blödsinnigsten Alkoholtrinken verjapen? Da läßt's auch den, der kein Abkühler ist und Spaz verkehrt, mit Sonne stehen nach jenen schönen Gebieten, in die der Strom der Ausflügler sich noch nicht ergießt.

Aber ich will ja plaudern von dem Idyll hinter dem Paetz-See. Grünheide, wenn es auch längst kein märkisches Dornröschen mehr ist. Alles muß zunächst mit der Bahn bis nach Erkner. Schnell verkrämeln sich Säber-artige Massen. Die Bequemsten kommen nur bis nach Polterdörf und allenfalls Kalkberge. Noch bequemere benutzen gleich hinter dem Bahnhof die Motorboote. Die bis Endstation Alt-Buchhorn einständliche Fahrt über die vielbesungene Lödnitz, aus deren deren schönster Teil seit der Anlage des den Wald durchschneidenden Stichkanals nicht mehr berührt wird, ist wunderschön, aber Tausende wollen den jetzt sehr hohen Fahrpreis — 14 Mk. hin und ebenso viel zurück anstatt 8 Mk. im Vorjahr — nicht ansetzen. Und zu Fuß nach Alt-Buchhorn, allerdings auf wunderbar schönen Wegen, sind's 2 1/2 Stunden. Wer auf den Seenausblick vorläufig verzichten will, steigt also auf Bahnhof Erkner in den Fürstenwalder Pendelzug (Anschlußzeiten merken!), fährt 15 Minuten bis nach der mitten im Walde einiam gelegenen Station Panitzsch, kommt fuhrstich an, erreicht nach einer halben Stunde auf verschiedenen Waldwegen das Wasser und kann nun die ganze Seefläche umwandern. Am schönsten und doch am wenigsten besucht ist hinter Alt-Buchhorn der wunderbar stille, lauenumwobene Möllensee (Um-lauf 1 1/2 Stunden). Nur wenige Bauten, vorn ein paar Wirtshäuser, dann der lebenswerte, jetzt wieder sehr schön restaurierte und nach einigen Sperrwachen dem Publikum unentgeltlich geöffnete Kurpark der natürlichen Alt-Buchhorster Mineralquellen mit Grabmalwerk, Römerbrunnen und Quellentempel sowie ganz hinten eine ebe-nenartige Zentrale schälen sich aus dem Ufergrün. An zwei Stellen ist famose Freibadegedecktheit. Wer dieses Wald- und Seebad erst einmal genossen hat, fühlt sich immer wieder von ihm festlich angezogen.

Kartenmaterial: Wanderkarte von Erkner, 1:50 000, Buchhandlung „Freiheit“, Breite Straße 8/9.

Ein Klassenurteil

Aus der Zeit der letzten städtischen Wahlen rührt eine Beleidigungsklage her, welche vor wenigen Tagen vor dem Schöffengericht Berlin-Weißensee verhandelt wurde. Der Gen. Studientrat Prof. A. Reunzig verteilte am Tage vor der Wahl vor dem Hermsdorfer Bahnhof ein an die Beamten gerichtetes Wahlflugblatt. Als er es dem ihm bis dahin unbekanntem Bankbeamten und Hauptmann a. D. Wilhelm von Schenk in höflicher Weise anbot, erhielt er von ihm die Antwort: „Bleiben Sie mir mit Ihrem Dreß vom Teibel“ und dazu einen heftigen Schlag auf das dargebotene Flugblatt, so daß es zerrissen zu Boden fiel. Diese Robeile bezeichnete der Genosse dem Täter gegenüber als eine „Freiheit“ und als das „Benehmen eines Straßensüßers“. Daraufhin wurde er wegen Beleidigung auf dem Wege der Privatklage vor das Schöffengericht geladen, zusammen mit seinem Bruder Gen. Karl Reunzig. Zeugen waren außer der Ehefrau des Klägers, die unvereidigt blieb, nicht vorhanden. Der Kläger wurde von der gegen ihn erhobenen Widerklage freigesprochen, ebenso Gen. Karl Reunzig, dem die ihm zur Last gelegten Beleidigungen des Schenk nicht — wieviel wurden. Verurteilt wurde lediglich Gen. Rudolf Reunzig zu der in diesem Falle geradezu exorbitanten Geldstrafe von 300 Mark.

Hier liegt wieder ein typisches Beispiel von Klassenjustiz vor. Denn der vorstehende Richter, gegen dessen Verhandlungsführung nichts einzuwenden war, erkannte in der Urteilsbegründung selbst an, daß er die Provokation des Gen. Reunzig durch den Deutschnationalen für durchaus möglich halte, wenn sie auch beim Fehlen von Zeugen nicht erwiesen sei. Die vom Gen. Reunzig dagegen gebrauchten Bezeichnungen habe dieser von vornherein „freimütig“ selbst betonen. Bei dieser Sachlage, meinen wir, hätte die Urteilsfällung, wenn nicht zum Freispruch, so doch zum niedrigen Strafmaß von ein paar Mark gelangen müssen. Wenn es sich aber um einen schwer provokierten Genossen handelt, der gegen einen deutschnationalen Hauptmann a. D. trügliche Worte berechneter Abwehr sand, so sieht in den Augen des Richters dieses „Benehmen“ sich rechtlich schärfer an, als wenn ein deutschnationaler Nobby ohne irgendwelche Provokation gegen den Reichsbeamten od. e. w. w. einen vorwiegend genossen-ähnlichen Verleumdungsgenossen, wie den Gen. Reunzig, mit ein paar Worten an den Hals zu gehen ließe.

Lustmord an einem dreijährigen Mädchen 10 000 Mark Belohnung

Ein entsetzliches Verbrechen rief gestern vormittag in der Gegend des Prenzlauer Torcs ungeheure Aufregung hervor. Ein kaum drei Jahre altes Mädchen ist dort das Opfer eines mit bestialer Rohheit ausgeführten Verbrechens geworden. Obwohl die Tat kurz nach der Ausführung entdeckt wurde und der Wähling kurz vorher gesehen worden war, ist es ihm leider gelungen, zu entkommen. Die sofort benachrichtigte Nordkommission hat seine Verfolgung aufgenommen.

Wir erhalten über das schwere Verbrechen folgenden Bericht: In dem Hause Prenzlauer Straße 3 wohnt in dem dritten Stock des Vorderhauses der Friseur Schmidt mit seiner Ehefrau, während er unten an der Straße seine Friseurhube hat. Frau Schmidt hatte ihr Töchterchen hinuntergeschickt, damit sie den Vater in dem Ladengeschäft besuche oder vor seinen Augen auf dem Bürgersteig in der Sonne spiele. Gegen 10 Uhr ist das Kind, ein hübsches kleines Ding, noch von verschiedenen Leuten gesehen worden. Um 10 1/2 Uhr kam die Kleine Blutüberströmt in den Laden des Vaters gelaufen, unter dessen Händen sie bald darauf verstarb. Wie sich ergab, waren dem Kinde nicht weniger als sechs Stiche beigebracht worden. Zwei Stiche hatte es in die Brust, von denen einer das Herz, der andere die Lunge durchbohrte, zwei in den Oberarm und einen in

den Unterarm erhalten. Außerdem war ihm das linke Handgelenk durchschnitten worden.

Die Polizei rief sofort die Kriminalpolizei. Deren Chef erschien alsbald mit Beamten der Nordkommission und des Erkennungsdienstes. Als Tator wurde durch die Blutspur eine Treppe festgestellt, die vom Hausflur nach dem Keller hinunterführt. Diese zwölfstufige Treppe liegt ganz im Dunkeln. In dieses Dunkel hat der Wähling sein kleines Opfer gelockt. Vielleicht hat er es stillos vergewaltigen wollen und erst zum Messer gegriffen, als es sich wehrte und um Hilfe rief. Möglich aber auch, daß schon die Messertische an sich dazu dienen sollten, seine Lust zu befriedigen. Erst nachdem der Verbrecher bereits entkommen war, konnte die Kleine sich aufrufen und hilferufend nach dem Flur hinauf und nach dem Baden des Vaters schleppen.

Der Täter ist ohne Zweifel ein Mann, den kurz vorher mehrere Zeugen mit dem Kinde sprechend auf der Straße an der Hausmauer stehen sahen. Eine Frau hat beobachtet, daß dieser Mann auch der Kleinen in das Haus hineingefolgt ist. Dieser Mann ist etwa 24 bis 30 Jahre alt und schlank, hat einen blonden gestutzten Schnurrbart und trug gute und saubere Kleidung, eine dunkle Hose, ein graugelbes oder gepunktetes Jackett, einen weißen Sportkragen mit Perlmutternöpfen und saubere Wäsche. Ob er einen Hut oder eine Mütze trug, weiß man nicht. Auf die Ermittlung des Verbrechers ist eine Belohnung von 10 000 Mark ausgesetzt. Mitteilungen nehmen jedes Polizeirevier und die Kriminalkommissare Galsow und Bänger im Zimmer 88 des Berliner Polizeipräsidiums entgegen.

Die Leiche der Kleinen wurde gestern nachmittag von dem Gerichtsarzt Prof. Dr. Strauch im Leichenschauhause besichtigt. Von den beiden Stichen in die Brust war der eine unbedingt tödlich. Merkmale dafür, daß der Unmensch sich an der Kleinen stillos vergangen habe, wurden nicht gefunden.

Die Bluttat steht in der Berliner Kriminalgeschichte einzig da. Es ist wohl wiederholt vorgekommen, daß Wählinge Kinder nach ihrer Wohnung oder sonst nach einem stillen Räume verschleppt und dann ermordet und die Leiche beiseitegeschafft haben, nicht aber, daß der Mörder sein Opfer im elterlichen Hause an einer Stelle, wo er jeden Augenblick damit rechnen mußte, daß er überrascht werden könne, umgebracht hat. Daraus läßt sich schließen, daß der Unmensch in seiner perversten Erregung dem Munde, nachdem er es eine Weile beim Spielen beobachtet hatte, blindlings gefolgt ist, es nach dem Kelleraufgang verschleppt und dort mit dem Messer so entsetzlich zugerichtet hat. Zur Tat hat er sich wahrscheinlich eines Taschenmessers bedient. Da das Kind über und über mit Blut besetzt war, so muß unbedingt angenommen werden, daß der Täter zumindest seine Hände, wahrscheinlich auch seine Kleider mit Blut besetzt hat. Vielleicht führt dieser Umstand am schnellsten zu einer Ermittlung, wenn alle Personen darauf achten. Aus der Gegend des Tatortes scheint nach allen bisherigen Nachforschungen der Unmensch nicht zu stammen.

Ein alter Veteran der Partei, der Zigarrenmacher Friedrich Zimmermann, ist am Freitag, dem 30. Mai, gestorben. Noch am 6. Mai konnte er seinen achtzigsten Geburtstag begehen. In der Schönbauer Vorstadt war er hauptsächlich den älteren Genossen sehr bekannt. Nahezu 50 Jahre hat er der Partei angehört und ist seit 1894 ununterbrochen Mitglied gewesen. Raslos und unermüdet ist er für unsere Ziele und Ideale zu jeder Zeit eingetreten, den jungen Genossen ein Vorbild der Treue zur Partei. Ihm nachzueifern sei unser Bestreben. — Wir eruchen die Genossen, sich recht zahlreich an der Beerdigung zu beteiligen. Die Einäscherung findet am Donnerstag, dem 1. Juni, mittags 1 1/2 Uhr, im Krematorium, Gerichtstraße, statt.

Der Film des Volkes und der Arbeiterroman

Um die Fertigkeit gibt's im Film noch seltener als sonst eine angenehme Überraschung. In den meisten Kinostücken laufen Stücke, die nicht so schlecht sind, daß es verlohnt, sie in scharfer Kritik zurückzuweisen, die aber, eben weil sie nicht einmal zur Abwehr ausreichten, nur um so gefährlicher sind. Denn sie werden ohne Bedenken genossen und rauben der gutgläubigen Masse das höchste Gut und Geld, das diese sich angeeignet hatte, um sich dafür nach schwerer Arbeit ein wenig zu streuen zu lassen.

So fällen sich die Massen der deutschen Volkspolizei mit über 200 Millionen Mark im Jahr. Ungefähr 2000 Millionen werden von der arbeitenden Bevölkerung aufgebracht. Diese Summen fließen den einzelnen Filmunternehmungen zu, die miteinander nur um den Löwenanteil kämpfen, nicht um die Unterhaltung und Belehrung zu bieten, aber darum, gesunde Unterhaltung und Belehrung zu bieten. Die Unternehmer gehören einer Klasse an, deren Bestrebungen sind, erfindend (was übrigens noch nicht verdammenswürdig ist) ein gutes Geschäft zu machen, zweitens mit Hilfe einer großzügigen Reklame und einer dementsprechend großen Presse das naive Urteil der Masse zu verwirren und diese einem ihr feindlichen System gefällig zu machen. Wenn es der Filmindustrie gelang, die beiden Bestrebungen zu verbinden, daß mit der Vergiftung der Volksseele zugleich das gute Geschäft gegeben war, so lag das zum großen Teil daran, daß die sozialistische Führerschaft und Presse bisher für würdevoll hielt, sich mit dem Film zu beschäftigen. Das energische Eingreifen der „Freiheit“ trug zur Klärung über die Bedeutung des Films wohl bei, doch mühte, um die Notwendigkeit des in unserem Filmteil genannten Kampfes zu erweisen, erst der Rippericus-Standal-Löwen; es mußte erst darauf hingewiesen werden, daß Lubendorff bei Eugenberg und Stinnes an einer Filmproduktion „Rosandjoge“ arbeitet, wo den Deutschen wahrheitsgemäß ein Nationalheld von einer solchen geistigen Größe vorgeführt werden soll, wie sie schon den Lubendorff der „Kriegserinnerungen“ auszeichnet! Man mußte erst von Vorberichtigungen zu einer „Königin Louise“ hören, aber, um Gotteswillen, nicht etwa einer, die, von englischem Gold der Kriegsbeute gewonnen, dieses Gold für Veranstaltung aus-schweifender Orgien statt für Eisen gab! Das alles und noch mehr mußte man hören, bevor die Erkenntnis durchbrach, daß der Film weicher der Presse noch der Schule an Bedeutung wachse, und daß das arbeitende Volk heute wohl in der Lage sei, mit eigenen Mitteln und mit einem aus eigenen Reihen gekleideten Künstlerstab eigene Filme zu schaffen, deren Qualität nur seiner Konkurrenz überlassen und deren vor-

wärtstreibende Weltanschauung von keiner rückblickenden Konkurrenz gleich zielbewußt achaltet werden könne!

Bis das Projekt der Volksfilmgründung fertig vorliegt (und wir können unsern Lesern schon heute verraten, daß es bald soweit ist) müssen wir uns damit abfinden, daß der Schundfilm die Säuler fällt.

Auch für den zweiten Teil des „Mabuse“ ist der Uspalast anverkauft. Der zweite ist noch langweiliger als der erste, da er nichts neues bringt und die alten Motive nur variiert. Mabuse klebt sich auch hier jedesmal andere Härte und Veräulen an, fabriziert Geldheine, hypnotisiert ganze Versammlungen sowie einzelne Personen und läßt die seinem Willen Unterworfenen allerhand Verbrechen ausführen, bis er schließlich doch vom Arm der Gerechtigkeit gepackt wird. Das ist aber nur das Verdienst eines Zufalls, der um einen dritten Teil nicht mehr zumuten zu dürfen glaubt. Es ist ganz gewiß nicht das Verdienst jenes Armes, noch weniger des Kopfes, den jene Gerechtigkeit auf hat, vielmehr nicht auf hat. Denn diesen Kopf, der keiner ist, trägt ein Staatsanwalt, der Tag und Nacht nach Mabuse fahndet, und der es wissen muß, daß der geachtete Verbrecher kein anderer als Mabuse ist. Mabuse selbst tritt dem Staatsanwalt bald als junger Mann, bald als Greis, bald als Dvynotiseur, bald als Arzt entgegen. Der Staatsanwalt erkennt ihn nicht, obwohl die Kino-besucher, die man doch für dummer zu halten geneigt ist, als es die Polizei einem Staatsanwalt zu sein erlaubt, gleich merken, daß dies da Mabuse ist! Mabuse hat Telefon, der Staatsanwalt weiß es und kommt ihm dennoch nicht auf die Spur. Wie ist das möglich, wo doch Mabuse kein deutschnationaler Mordbandit ist; denn nur ein solcher erwirbt, besonders wenn er die wertvollsten Vertreter der Reichs-märkte abschlägt, ein Anrecht darauf, von den Behörden nicht gefunden zu werden, oder höchstens nur dann gefunden zu werden, wenn er einen falschen Reisepaß in Empfang nehmen soll, der ihn über die Grenzen trägt, wenngleich er sogar in ihnen auch nichts zu befürchten hätte!

Die Regie Fritz Langs ist so schöpferisch im Aufdecken von filmtechnischem Neuland und künstlerisch so vollendet, daß es uns tief betrüben muß, diese Kraft an die Ausstaffierung von Arbeiterromanen verschwenden zu sehen!

Dasio Koffler

Vom Donnerstag ab trägt Genosse Felix Stöfzinger nicht mehr die redaktionelle Verantwortung für das Feuilleton, die Unterhaltungsbilage und die „Freie Welt“. Er kehrt von seinem Urlaub nicht in die Redaktion zurück, da er zugleich mit der alten Redaktion von seiner Stellung zurückgetreten ist. Von diesem Tage ab führt ebenfalls die Tätig-

keit der ständigen Mitarbeiter der Genossen Adolf Behne, Hans Stensen und Fritz Windisch auf.

Ein Krebsmerkblatt. Zur Volksaufklärung über die Krebskrankheit gibt das Deutsche Zentralkomitee zur Erforschung und Bekämpfung der Krebskrankheit ein Merkblatt heraus, das weiteste Verbreitung verdient. Es weist darauf hin, daß der Krebs in seinem Beginn keine bedrohlichen Erscheinungen zeigt, meist ohne Schmerzen ist und daß auch seine Krankheitserscheinungen oft unbestimmter, mehrdeutiger Natur sind. Um so notwendiger ist die frühzeitige Erkennung, da nur sie erfolgreiche Aussicht auf Bekämpfung des Leidens bietet. Selbst der Arzt kann oft genug nur schwer und erst nach genaueher, mit allen wissenschaftlichen Hilfsmitteln vorgenommener Untersuchung die bösartige Natur einer Neubildung erkennen. Deshalb ist möglichst frühzeitige Befragung des Arztes unbedingt geboten. Eine planmäßige Befragung des Krebses ist, wie das Merkblatt betont, unmöglich, um so notwendiger aber mögliche Vermeidung aller Schädlichkeiten, die chronisch entzündliche Veränderungen hervorrufen können. (Erstieren oder Verbrennen, mechanische oder chemische Reize.) Das gilt besonders für die, die beruflich fortwährend solchen Reizen ausgesetzt sind, z. B. Schmiede und Teearbeiter.

Gibt es Tiere, die niemals trinken? Der Zoologe Blanford hat in seinem Werk über die Tierwelt Britisch-Indiens festgestellt, daß der sogenannte Schwarzbock oder Strickantelope (Antilope servicapra) ein Tier sei, das niemals trinke. Es lebt nämlich ausschließlich auf einem Sandkriechen in der indischen Landschaft Driffo, der sich zwischen der Lagune des Tschiffa-See und der Küste des Bengalischen Meeres ausdehnt. In diesem Bezirk gibt es überhaupt kein Wasser, außer in ganz tiefen Brunnen. Da auch der genannte See fastig ist, so war der Naturforscher zu dem erwähnten überraschenden Schluß gelangt. Nun ist es aber kaum denkbar, daß ein Tier, dazu noch ein Säugtier von erheblicher Größe, ganz ohne zu trinken, sollte leben können; und daher haben sich andere Zoologen über diese Angabe den Kopf zerbrochen und die Angabe Blanford's bezweifelt. Da es auch in jenem ziemlich trostlosen Gebiet doch nicht gänzlich an Regenfällen mangelt, so würde es immerhin möglich sein, daß jene Antilope in längeren Zwischenräumen ihren Durst aus Regenflüssen löst. Indem sind gerade in den letzten Jahren aus den Wästengebieten von Afrika ähnliche Verhältnisse für so große Säugtiere wie Giraffe und Nilpferd verzeichnet worden. In der Kalabarwüste von Südafrika verbringen diese Tiere gleichfalls einen großen Teil des Jahres ohne Gelegenheit zum Trinken und nehmen nur die Feuchtigkeit auf, die sie in den saftigen Wurzeln einzelner Pflanzen finden.

Stillelegung der Hochbahn?

Lohnforderungen der Hochbahner.

Der Deutsche Verkehrsbund, Metallarbeiterverband und der Verband der Maschinen- und Heizer haben an die Direktion der Hochbahn im Auftrag ihrer Mitglieder die Forderung auf Erhöhung der Löhne und Gehälter um 7 M. für die Stunde erhoben. Daß die bestehenden Löhne mehr als verbesserungsbedürftig sind, zeigt der Lohnstarif, der am 31. Mai abläuft. Danach erhalten z. B. Handwerker 15,50 M., Ungelernte 14,00 M. und Angelernte 15,50 M. Weibliche Arbeiter beziehen 10,70 M. die Stunde. Das Verkehrspersonal erhält noch fünfjähriger Dienstzeit folgendes Monatsgehalt: für die Gruppe Angelernte 3140 M., für die Gruppe Zugbegleiter 3090 M., für die Gruppe Bahnhofsbediensteter 3040 M., Fahrkartenausschreiberinnen 3000 M., nach 6-jähriger Dienstzeit. Dienstanwärter erhalten einen Einheitslohn von 2950 M., Dienstanwärterinnen 2550 M. für den Monat. Reinemachefrauen 10,55 M. für die Stunde.

Diese erbärmlich niedrigen Löhne entsprechen in keiner Weise der heutigen Teuerung und sind sozialpolitisch längst überholt. Die Hochbahngesellschaft überläßt aber ihren famosen Ratgebern die Lohnregelung, die auf Kosten der Arbeiter eine „blühende“ Verkehrsbranche ausüben.

Bei der am 26. Mai 1922 stattgefundenen Verhandlung erklärten die Unternehmer, daß Preissteigerungen für Mai nicht zu verrechnen sind und die Forderung von 7 Mark für die Stunde sei nur gesteuert, weil sie in Mode wäre, nicht aber, weil sie Berechtigung hätte!

Da ein offizielles Angebot von Seiten des Arbeitgeberverbandes Deutscher Straßenbahnen, Kleinbahnen und Privatbahnen auf Grund seiner Stellungnahme nicht vorlag, verließ die Verhandlung resultatlos. Das Hoch- und Untergrundbahn-Unternehmen Berlins steht aber finanziell durchaus gesichert da. Das Geschäft floriert, so daß wohl eine Verhandlung mit der Arbeiterkraft erfolgen könnte.

Zunächst ist von Seiten der beteiligten Arbeitnehmer-Organisationen das Reichsarbeitsministerium angerufen worden mit dem Ersuchen, noch in dieser Woche zu entscheiden. Von dieser Entscheidung wird es abhängen, ob das Wirtschaftsleben Berlins abermals durch die Hartnäckigkeit des Arbeitgeberverbandes geschädigt werden soll. Die Bediensteten, Handwerker und Arbeiter der Hochbahn sind gewillt, mit allen gewerkschaftlichen Mitteln ihre so notwendigen Löhne zu erkämpfen.

Ein Sieg der Angestellten im Reichswirtschaftsrat

Der Reichswirtschaftsrat hat sich vor einigen Tagen mit dem Antrag auf Änderung des § 139b der Gewerbeordnung beschäftigt. Auf Grund reichhaltigen Materials zeigte Udo vom BDA, die Notwendigkeit einer Umwandlung der Gewerbeaufsicht in Gewerbe- und Handelsaufsichtsämter. Die Arbeitgeberorganisationen haben seit Wochen einen sehr umfassenden Feldzug gegen die freierwerkschaftlichen Forderungen eingeleitet und in der Zwischenzeit auch die Handelskammern und den Deutschen Industrie- und Handelsrat mobilisiert. Dieser Feldzug der Unternehmer legt am deutlichsten Zeugnis für ihr schlechtes Gewissen ab, denn anders ist ihre Haltung gar nicht zu verstehen. Die Forderung nach Einführung der Handelsaufsicht und Ueberwachung des gesamten Angelegenheitsbereiches könnte doch selbst den Unternehmern nur angenehm sein, wenn sie tatsächlich, wie sie behaupten, die gesetzlichen Schutzbestimmungen innehalten. Erstreckt man sich bei der sozialpolitischen Ausdehnung des Reichswirtschaftsrates unter der Ägide der Gründe des BDA-Vertreters gegen einen Teil der Arbeitgeber dem Antrag auf folgende Änderung des § 139b der Gewerbeordnung zugestimmt:

„Die Aufsicht über die Ausführung der gesetzlichen und tarifvertraglichen Arbeiter- und Angestelltenbeschäftigungen ist neben den ordentlichen Polizeibehörden den von den Landesregierungen auszubauenden Gewerbe- und Handelsaufsichtsämtern zu übertragen. Den Beamten der Gewerbe- und Handelsaufsichtsämter stehen bei Ausübung dieser Aufsicht alle amtlichen Befugnisse der Ortspolizeibehörden, insbesondere das Recht zur jederzeitigen Revision zu. Sie sind vorbehaltslos der Anzeige von Verweigerungsarbeiten, zur Geheimhaltung der amtlich zu ihrer Kenntnis gelangenden Geschäfts- und Betriebsverhältnisse verpflichtet. Ueber die Tätigkeit sind alljährliche Berichte zu erstatten, die dem Reichstag vorzulegen sind. Die Gewerbe- und Handelsaufsichtsämter sind berechtigt, von den Arbeitgebern ihres Bezirks unter Festsetzung bestimmter Fristen Berichte und statistische Unterlagen einzufordern.“

Einheitliches Beamtensrecht für Berlin

Nachdem die neue Besoldungsordnung für die städtischen Beamten verabschiedet ist, hat der Magistrat einige Beschlüsse gefaßt, die einen weiteren Fortschritt in der Schaffung eines einheitlichen Beamtensrechts für die neue Stadt Berlin darstellt. Sie betreffen ein Ortsgesetz über die Bestallung der Beamten, ein Ortsgesetz über Versetzung der Beamten in den Ruhestand und Versorgung der Hinter-

bliebenen sowie Grundzüge über die Genehmigung von Dienstaufwandentschädigungen. Auch diese Bestimmungen lehnen sich an die entsprechenden staatlichen Vorschriften an. Neu sind insbesondere in dem Pensionsordnungsgebot die Ausdehnung der Altersgrenze von 65 Jahren auf die Gemeindebeamten, in dem Anstellungs-Ortsgesetz der Grundlag, in dem werdenden Betrieben in Zukunft nur Tarifangestellte zu beschäftigen und die Einrichtung der sogenannten Festangestellten allmählich zu befeitigen.

Gemeinsames Vorgehen

Reichsgewerkschaft und DGB.

Das Organ des Deutschen Eisenbahner-Verbandes veröffentlicht folgende Erklärung:

In der Presse aufgetauchte Mitteilungen über eine beabsichtigte Verschmelzung der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter mit dem Deutschen Eisenbahner-Verband sowie in tendenziöser Weise verbreitete Gerüchte über eine angebliche gegenseitige Verunglimpfung der Führer beider Organisationen veranlassen die unterzeichneten Verbandsvorstände zu folgender Feststellung:

1. Es haben zwischen beiden Verbänden wiederholte Verhandlungen stattgefunden, die inzwischen zu einem positiven Ergebnis führten. Danach erklären sich die genannten Verbände bereit zum einseitigen Zusammenwirken bei der Regelung der Rechts-, Arbeits- und Besoldungsverhältnisse des Reichsbahnpersonals und zum gemeinsamen Vorgehen in der sich aus dem Streit ergebenden Gemahregelungsfrage.
2. Gegenseitige Angriffe unterbleiben in Zukunft.
3. Als letztes Ziel erstreben die unterzeichneten Verbände die Beseitigung der Spalterorganisationen bei der Reichsbahn und damit die Vorbedingung zur Schaffung vorbildlicher Rechts-, Arbeits- und Besoldungsverhältnisse.

Deutscher Eisenbahnerverband.
Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten u. Anwärter.

Neues Lohnabkommen für die Spirituarbeiter

Zwischen dem Arbeitgeberverband der Getränkeindustrie und dem Verband der Brauerei- und Mälzereiarbeiter wurden für die in den Spirituereinigungsanstalten, Maschinenfabrik und in der Brennspiritusindustrie folgende neue Lohnsätze vereinbart. Mit Wirkung vom 16. Mai 1922 werden gezahlt: Für ungelernete Arbeiter 1000.— M., ab 1. Juni 1070 M. und ab 16. Juni bis einschließlich 30. Juni 1150.— M. Gelernte erhalten entsprechend den oben angegebenen Daten 1010.— M. bzw. 1080.— M., bzw. 1160.— M. Frauen 745.— M., 795.— M. und 855 M. die Woche. Entsprechend der aufgeführten Lohnzulagen wurden prozentual auch die Extrazulagen für Auslöcher, die Pferdebesitzer verrichten, Frauen, die auf dem Hof oder mit Abziehen oder Abfahren beschäftigt werden, erhöht; ebenfalls der Speisenausatz und das Tourengeld für Auslöcher und Kraftwagenfahrer.

Lohnerhöhung in den Berliner Mühlen!

Seitens des Schlichtungs Ausschusses Groß-Berlin wurde auf Antrag des Verbandes der Brauerei- und Mälzereiarbeiter, zur Regelung der in den Mühlen beschäftigten Arbeitnehmer, folgender Schiedsspruch gefaßt: Die Löhne werden unter Beibehaltung der 4 Pfd. Freimehl in der Woche wie folgt festgesetzt: Es erhalten in der Zeit vom 15. bis 31. 5. 1922 die gelernten Arbeiter 1015.— M., Ungelernte 1005.— M. und Frauen 675.— M. Wochenlohn. Für die Zeit vom 1. Juni bis einschließlich 15. 6. 1922 (Gruppe a) 1030.— M., Gruppe b) 1020.— M. und die Frauen 685.— M. Arbeitgeber wie Arbeitnehmer nahmen den gefällten Schiedsspruch an.

Zur Lohnbewegung der Gemeindearbeiter in der Frage Teuerungszulage für Monat Mai finden am Dienstag, den 30. 5. M., nachmittags, im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen statt. In der Lohnfrage für Juni werden die Verhandlungen am Donnerstag, den 1. Juni früh fortgesetzt. Von den Betriebsverwaltungen sind Vorbereitungen getroffen, die Nachzahlungen für Monat Mai noch vor dem Fest zur Auszahlung zu bringen. Gegenüber Mitteilungen, daß die „neuen Forderungen“ der Gemeindearbeiter eine Milliarde 300 Millionen Mark an Jahresausgaben bedeuten, sei darauf hingewiesen, daß bei voller Bewilligung der von den Arbeitern aufgestellten Anträge die Löhne der Hollarbeiter folgende sein würden: Gelernte 22 M., Angelernte 21 M., Ungelernte 20,50 M.; Weibliche 65 Prozent der vorstehenden Sätze. Diese Löhne bewegen sich noch um 20—30 Proz. unter den Sätzen, die für Mai und Juni in der Privatindustrie üblich sind. Die Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter sind im Augenblick derartig schlecht, daß die vom Lohnkartell geforderten Lohnerhöhungen als durchaus maßig bezeichnet werden müssen.

Verbandsdelegiertenwahlen bei den Gemeindearbeitern. Bei den Wahlen für den Gewerkschaftskongress wurden insgesamt 18 500 Stimmen abgegeben; davon gültig 18 031 und ungültig 469. Gewählt wurden: Richter mit 13 955, Levy mit 12 037, Kamin mit 12 517, Schulz (Reichsdrucker) mit 12 583 und Schwanebeck erhielt 11 067 Stimmen. Ferner erhielten: Zagodjinske 10 521, Polenske 9088, Mai 2794, Kiel 2671, Kammermeier 426 und Gepprich 511 Stimmen.

Die Charlottenburger Gewerkschaften gegen die Verdrossung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. In der am 23. Mai getagten Delegiertenversammlung der Charlottenburger Gewerkschaftskommission referierte zunächst Genosse Schilder über: „Die Bedeutung der Konsumgenossenschaften für die Gewerkschaften“. Das Fazit des Vortrages und der darauf folgenden Aussprache war, daß in den Gewerkschaften eine planmäßige Agitation für die Konsumgenossenschaft entfaltet werden soll. Nunmehr behandelte der Genosse Fleeming den vom Reichsarbeitsministerium vorgelegten Referentenentwurf, der die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte in die ordentlichen Gerichte eingliedern will. Gegen diesen Entwurf müssen sich die Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit wenden. Nicht Rücksicht, sondern vorwärts will die Arbeiterkraft in der sozialen Rechtsprechung. — In der Diskussion spricht sich Genosse Gutschmidt entschieden gegen die Arbeitsgemeinschaft aus. — Einstimmig nahm hierauf die Versammlung eine Entschließung an, die sich in der Hauptsache mit der des Ortskartells des Afa-Bundes deckt. Den einzelnen Gewerkschaften wurde noch aufgegeben, sich mit der Kandidatenfrage der Vertreter zum Bezirks-Versicherungsamt sowie zu den Ausschüssen der Landesversicherungsanstalt zu beschäftigen und die Kandidaten dem Obmann baldigst namhaft zu machen.

USPD-Metallarbeiter der Betriebe in Neukölln und Treptow. Donnerstag, den 1. Juni, nachmittags 4 Uhr, bei Pfeffel, Neukölln, Teupitzer. Ede Brunsendorfer Straße, Versammlung sämtlicher USPD-Genossen der obgenannten Betriebe. Erscheinen unbedingte Pflicht. Partei- und Gewerkschaftsausweis legitimiert. — Die USPD-Fraktion Metallarbeiter.

USPD-Eisenbahner! Heute abend 6 1/2 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Engelufer 24/25, eine Versammlung aller im DGB organisierten USPD-Eisenbahner statt. Sehr wichtige Tagesordnung: Jeder dienstfreie Kollege muß erscheinen. Der Verbandsausweis muß vorzulegen sein. Partei- und Gewerkschaftsausweis legitimiert.

USPD-Verbandsausweis

Zimmerer! Am Donnerstag, dem 1. Juni, nachmittags 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Saal 3, eine Versammlung sämtlicher Plab- und Baudelegierten des Hoch-, Beton- und Tiefbauwesens sowie sämtlicher Fabrikbetriebe statt. Es ist unbedingt Pflicht, daß jede Arbeitsstelle vertreten ist. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Verbandsbuch sowie Betriebsratsausweis legitimiert. — Der Vorstand.

Deutscher Gutarbeiter-Verband. Am Pfingstfesttagabend wird das Büro um 1 Uhr und am 3. Feiertag ist letzteres ganz geschlossen.

Neue Lohnsätze für die Mineralwasserarbeiter. Die gedruckten neuen Lohnsätze sind gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches im Verbandsbüro, Engelufer 24/25, Zimmer 38, zu haben.

Parteiveranstaltungen

Funktionärinnenversammlung für Groß-Berlin. Heute abend 7 Uhr Arbeiterbildungsstätte, Breite Straße 80.

Mittwoch, den 31. Mai.

12. Erwählungsbezirk (Wegeln, Pantale), Hüttenstraße. Die Kandidaten für die Elternkommission (genüßlich und nicht genüßlich) treffen sich zur Wahlversammlung um 8 Uhr bei Martin, Wegeln, Hüttenstraße 4.
3. Bezirk, Mitte, 1. Abt., Abends 7 1/2 Uhr bei Dams, Schlegelstr. 9, Sitzung sämtlicher Funktionäre. Bestimmtes und schriftliches Erscheinen ist notwendig.
8. Bezirk, Bezirksleiter Hölzerle von den Wählungsstellen abholen.
- Charlottenburg. 5 1/2 Uhr, Sitzung, Zimmer 1, außerordentliche Fraktionssitzung.

Donnerstag, den 1. Juni.

1. Erwählungsbezirk Tiergarten, 7 Uhr, wichtige Fraktionssitzung im Rathaus, Zimmer 109, Sitzung Hüttenstraße. Die Wahlberechtigten sind dazu eingeladen.
3. Bezirk, Mitte, 2. Abt., Abends 7 1/2 Uhr, Bergstraße 79, Parteiführung, Wahlversammlung, Tagesordnung: 1. Wahl eines Abteilungsleiters; 2. Vortrag des Genossen Richter.
9. Bezirk, 1. Abt., Abteilungsversammlung, abends 7 Uhr, in der Schulstraße, Hüttenstraße 5-7. 1. Wahl der Delegierten. 2. Vortrag über das Reichsministerium. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.
9. Bezirk, 2. Abt., Abteilungsversammlung, abends 7 Uhr bei Feder, Schulstraße 114. Vortrag des Genossen Blüchel.
- 11., 12., 13., 14. Bezirk. — 4. Erwählungsbezirk, Sitzung der Landesdelegiertenkommission bei Dams, Hüttenstraße 15, abends 7 1/2 Uhr. Zu wichtiger Tagesordnung. Erscheinen unbedingt erforderlich.
- Charlottenburg. Abteilungsversammlung, Mittwachen, 7 1/2 Uhr bei Feinze, Hüttenstraße 27, Adema: Das proletarische Klub. Diskussion. Anschließend Unterhaltungsbil.

Freitag, den 2. Juni.

5. Erwählungsbezirk, Männer-Klub USPD, nachmittags 8 Uhr, Hüttenstraße, Sämtliche Gewerkschaftshaus, Brunsdorfer Straße 30a. Erscheinen aller Genossen notwendig.

Vereinskalender

Freitag, den 2. Juni.

Bezirksverband der Arbeiterinnen. Verwaltungsbüro: Hüttenstraße 79, Hüttenstraße, Sämtliche Gewerkschaftshaus, Brunsdorfer Straße 30a. Die Funktionäre treffen sich um 6 Uhr abends.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Haug, Berlin, für den Anzeigenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Hommerich, Berlin. — Verlagsgewerkschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck von Gering & Neimrod, G. m. b. H., Berlin, SO. 69, Altonaer Straße 75.

Zum Pfingstfest bevorzugt die sparsame Hausfrau

unsere allseitig gerühmte

BOLLE

Butter * Margarine * Cocos-Sahne * Joghurt

15gig
frisch

15gig frisch, vorzüglich im
Geschmack und sehr ergiebig

15gig frisch, vorzüg-
lich im Geschmack

15gig frisch, vorzüg-
lich im Geschmack

Erhältlich in allen einschlägigen Geschäften, in unseren Verkaufsstellen und an unseren Wagen

Meierei C. Bolle Aktien-Gesellschaft

Telephon: Amf Moabit 7005, 7011-7014 und 2565

Alt-Moabit 98-103

Telephon: Amf Moabit 7005, 7011-7014 und 2565

